

offensiv links

herausgegeben von der bewegung für sozialismus



ös 10.-/dm 1.50/sfr 1.50
nr. 54/55
juli/august '79
jahrgang 6

Aus Harrisburg nichts gelernt.

Zu diesem Heft

Einiges in "eigener Sache" gibt es in diesem Heft: eine vorläufige Einschätzung der Arbeiterkammerwahlen aus der Sicht der Gewerkschaftlichen Einheit; unser Nachwuchs probt den Aufstand, und ein besonders trauriger Anlaß zum Gedenken: Genosse Franz Marek ist tot.

Die Atomlobby ist wieder aktiv geworden: Androsch, Benya und Co. (um nicht das ganze ABC der AKW-Freunde aufzuzählen) halten Ausschau nach "neutralen" Kräften, die eine neuerliche

Volksabstimmung ins Rollen bringen sollen. Die von den ÖL-Multis gekonnt geschürte Hysterie ums tägliche Benzin und Heizöl soll Österreich doch noch durch Atomstrom erstrahlen lassen. Ein längeres Gespräch mit den Betroffenen in Gorleben, BRD, wo die Bevölkerung um die Verhinderung der Wiederaufbereitungsanlage kämpft, soll daran erinnern, daß auch in Zwentendorf noch nicht aller Tage Abend ist.

Die Redaktion

Inhalt

- 3 In eigener Sache
- 5 Nichts zu beschönigen
- 6 alltägliche geschichten
- 7 Laßt Gorleben leben!
- 11 Gleichstellung eingeklagt
- 12 betrifft: rechtsstaat
- 14 Wahlen-Wirtschaft-PCI
- 17 Papst in Polen
- 18 linke Revue
- 22 "DritteWelt" bleibt letzte
- 25 Nach Somozas Sturz
- 27 In memoriam
Franz Marek

Impressum

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir Widersprüche aufdecken. Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern.

offensiv links -- solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1040 Wien
Eigentümer, Herausgeber,

Verleger und Vervielfältiger: Bewegung für Sozialismus (föj). Für den Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Alfred Prandl.
Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10. ● Redaktion und Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Tel.: 65 19 52. Einzelpreis: S 10,- Abonnement: S 90,- (jährlich). ● Kontonummer: 223-102-976, Länderbank Wien.

In eigener Sache

Der Zebrastreifen

Diese Geschichte verdient den Titel gleich zweimal. Einmal handelt sie von unserem eigenen Badestrand am Neufeldersee und zum anderen Mal sind die Betroffenen in eigener Sache aktiv geworden. Betroffen d.h. gefährdet sind vor allem die Kinder, die ihre Ferien am See verbringen. Die Situation: Die asphaltierte Seeuferstraße führt am eingezäunten Badeplatz vorbei. Genau gegenüber der Tür liegt ein Gasthaus, das, wegen seinem Flipper und der Möglichkeit, Eis zu kaufen, bei den Kindern sehr beliebt ist; außerdem geht's dort in die Leitha-Auen und zum Sportplatz. Alles ist nur einige Schritte entfernt, aber dazwischen liegt eben die stark befahrene Straße – die außerdem von manchen Sonntagsfahrern mit einer Rennstrecke verwechselt wird. Natürlich besteht ein Großteil der Betreuer Tätigkeit im Warnen vor der gefährlichen Stelle, aber erstens sind Kinder Kinder und zweitens liegt unmittelbar vor dem ungesicherten Übergang eine Kurve – was die Sache noch gefährlicher macht. Angeblich gibts auf der Straße eine 40 km/h Geschwindigkeitsbeschränkung (laut Auskunft der Gendarmerie) aber die Tafeln sind seit längerer Zeit verschwunden und es schert sich auch kaum ein Autofahrer darum. Nachdem Betreuer und Kinder den ganzen Sommer 78 gezittert haben, schritten sie Anfang Juli 79 zur Selbsthilfe: Warnposten wurden aufgestellt und mit weißer Farbe quer über die Straße ein Zebrastreifen gemalt; außerdem vor und nach der Kurve dicke weiße Striche und die Aufschrift: KINDER. Soweit, sogut – der Erfolg stellte sich auch sofort ein: fast alle Autofahrer hielten sich auch daran und bremsten ab. Bravo zu dieser Aktion. Doch die Gendarmerie war anderer Meinung. Für sie war es das Delikt der Straßenverunreinigung, das nach dem Verwaltungsstrafgesetz zu verfolgen ist.

Die Verantwortliche des Ferienlagers wurde aufgefordert die Bemalung abzuwaschen und darüber hinaus wurde sie angezeigt. Sie wurde auch belehrt, daß sie um eine Genehmigung der zuständigen Behörde einreichen hätte müssen. Die Gendarmen waren sehr groß, stark und selbstbewußt. Nicht sehr lange. Das Kinderlachen und die Weigerung der verantwortlichen Genossin, vor Ehrfurcht in die Knie zu gehen, machte die star-

Neufeld, 5.7.1979

An die
Landesregierung für das Burgenland
Amt für Straßenbau

Betrifft: Ansuchen um Bewilligung für selbstgemalten Schutzweg
Neufeld, Seestraße 339

In Neufeld, Seestraße 339, befindet sich der Badeplatz der FÖJ-BFS (der von Mitgliedern und Einheimischen benützt wird). Auf der anderen Straßenseite befinden sich das Gasthaus Seidl, die Au als Ausflugsgebiet und Sportplatz, sodaß die Besucher, häufig KINDER, die Straße oft überqueren. Laut Aussage der Gendarmerie sollte eine Geschwindigkeitsbeschränkung (40km/h) herrschen, eine dementsprechende Tafel ist aber nicht angebracht, die Autos rasen dementsprechend vorbei, der Badeplatzausgang liegt an einer (besonders für Kinder) unübersichtlichen Kurve.

Wir haben leider den Amtsweg des Ansuchens zur Errichtung eines öffentlichen Fußgängerüberganges nicht beschritten, da uns die Idee einer besseren Absicherung des Übergangs erst vor kurzem aufgetaucht ist. So haben wir am 4.7.79 selbst gemeinsam mit den Kindern einen Zebrastreifen und die Aufschrift KINDER angebracht und Hinweistafeln aufgestellt, um nicht erst einen Unfall abzuwarten, bis etwas getan wird.

Kurz darauf sagte uns die Gendarmerie Neufeld, daß wir das wieder entfernen sollten und daß uns eine Anzeige erwartet.

Wir hingegen hoffen, daß wir die Aufschriften den Sommer über lassen können, länger halten sie ohnehin nicht. Außerdem: Seitdem die Aufschriften bestehen, bremsen die meisten Autos ab, die Aktion war also bisher ein Erfolg.

Wir erwarten also, daß Sie die angekündigte Anzeige zurückziehen, die Aufschriften und den Zebrastreifen den Sommer akzeptieren und dann für eine ordnungsgemäße Errichtung eines abgesicherten Überganges sorgen (Geschwindigkeitsbeschränkung, Warntafeln)

Hochachtungsvoll
für die Erwachsenen und Kinder des Badeplatzes
Renate Saßmann e.h.



Liebe Mitbürger!

Was ist dafür, daß an einigen Stellen des Kaufhauses ein Zebrastreifen organisiert wird? Es werden föhentlich viel zu viele Kinder überfahren. Die Kinder und Betreuer des FÖW-Strandes haben Angst um kleine Kinder, die über die Straße gehen. Die Betreuer des FÖW-Strandes haben schon versucht einen Zebrastreifen zu malen, aber die Gendarmerie war dagegen. Die Unterschriften wollen den Zebrastreifen behalten.

Kinderflugblatt, angefertigt auf einer alten Spiritus-Abziehmaschine, auf der jedes Kind die eigene Vervielfältigung von Drucksachen üben kann.

ken Männer ziemlich nervös — unter drohenden Gemurmel zogen sie wieder ab.

Dann gings erst richtig los: die Kinder schrieben eigenhändig einen Brief an die Gendarmerie, der dort sicher nicht hinter dem Spiegel steckt, die Betreuer schrieben an die Landesregierung, mit der Bitte um nachträgliche Genehmigung des Zebrastreifens, wobei sie nicht zu erwähnen vergaßen, daß sie gar nicht daran denken, ihn zu entfernen. Dann war man so guter Stimmung, daß man gleich über die ganze Angelegenheit ein lustiges Lied machte und begann, bei den Nachbarn für die Erhaltung der Schutzeinrichtung Unterschriften zu sammeln — über 100 waren in einigen Tagen beisammen. Soweit der Stand von Mitte Juli. Ein dreifaches Bravo den Kindern vom Neufeldersee!

P.S. Die Behörden werden doch nicht so ungeschickt sein und einen Krieg gegen die Verkehrssicherheit beginnen? Wenn doch, werden sie keinen Ruhm auf ihre Fahnen hefte. Im Gegenteil!

P.P.S. Das Gegenteil von Ruhm an den Fahnen ist Dreck am Stecken. ■

Das Zebrastreifen Lied

Zwanzig kleine Kinder mit dem Farbtopf in der Hand,
gingen auf der Strasse und nicht am Rand.
Da kam die Polizei und sagt was ist denn das,
zwanzig kleine Kinder auf der Strasse und malen was.

Zwanzig Kinder malen auf der Strasse, was wird das?
Zwanzig Kinder mit dem grossen Pinsel das macht Spass,
da kommt die Polizei und schaut recht finster drein,
was fällt euch ein, — das darf nicht sein.

Die Kinder aber sagen das stört uns nicht, wenn die Polizei macht ein finstres Gesicht. die Polizei dein Freund und Helfer hilft uns nicht, drum helfen wir uns selber, das is a G'schicht.

Denn gefährlich ist die Strasse vor dem Badestrand, da müssen immer alle Kinder an die Hand, zum Sportplatz in die Au und zum Seidelwirt, ohne das ein Autofahrer einen massakriert.

Darum haben wir jetzt einen Zebrastreifen, um nicht zu kommen unter einen Autoreifen. da kommt die Polizei und sagt "wir können das verstehen, aber Vurschrift ist Vurschrift das müssen sie verstehen."

Die Moral von der Geschichte der Zebrastreifen bleibt, auch wenn die Polizei uns vor den Richter schleift, denn jede Strafe ist besser als ein totes Kind, drum liebe Leute unterschreibt geschwind

oder . . . drum wir mit unserer Aktion zufrieden sind.
oder . . . seitdem fahren die Autos nicht mehr so geschwind.

(Zur Melodie "Drei Chinesen mit 'nem Kont-rabaß")

Nichts zu beschönigen

gibt es für uns, für die Gewerkschaftliche Einheit, für die unabhängige Linke, wenn wir das Wahlergebnis der Arbeiterkammerwahlen 1979 untersuchen wollen, um daraus zu lernen. Natürlich gibt es auch die "objektiven Faktoren." Aber Politik besteht auch für kleine und kleinste Gruppierungen gerade darin, solche objektiven Gegebenheiten durch den subjektiven Eingriff so zu beeinflussen, daß die "Totalität", die Gesamtheit der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die objektiven Faktoren wenigstens ein bißchen in Richtung eigener Vorstellungen, Zielsetzungen und Programmatik verschieben, sich eben ändern. Wenn man Rückschläge erleidet, ist es am falschesten, über die allgemeinen Schwierigkeiten zu lamentieren. Die eigene Taktik und Strategie müssen immer aufs Neue überprüft und notfalls geändert werden.

Mit viel Hoffnung und Zuversicht in die Wahlkampagne

Der Schock des Wahlergebnisses traf die meisten Aktivisten von uns so brutal und unerwartet, weil das Ergebnis in kraßem Gegensatz zu den optimistischen Erwartungen der meisten Kolleginnen und Kollegen stand. Gewiß, die "älteren", die Kollegen aus den größeren Betrieben, rechneten zwar mit dem Verlust des einen (Arbeiter)Mandats, da sie die Entwicklung der letzten vier Jahre, die Zusammensetzung und die Aktivität unter den Betriebsräten und Vertrauensleuten der GE genau kannten. Umso berechtigter erschienen aber auch ihnen die Hoffnungen auf ein sicheres, ja ein zweites Mandat bei den Angestellten.

Es konnte nicht nur in Wien die Listenpräsenz auch auf den Wahlkörper Verkehr bei diesen Wahlen ausgedehnt, sondern neben Wien und der Steiermark ein drittes Bundesland, Niederösterreich, in die Listenaufstellung und Wahlwerbung einbezogen werden. Völlig unbekannte Kollegen meldeten sich aus den verschiedensten Betrieben und wollten an der Wahlkampagne aktiv mitwirken. Die Druckerei konnte den vielen Wünschen nach Werbematerial kaum nachkommen. Diese reichten von verschiedensten Plakaten, die auf mehreren Hundert Plakatständern in ganz Wien ständig erneuert wurden, hin zu zahlreichen Flugblattvarianten, Sondernummern der "alternative" und einer allseits mit Lob bedachten Comic-Wahlbroschüre, gestaltet von Much.

Erste Anzeichen für falsche Strategie

An vielen verkehrsreichen Stellen Wiens wurden in den Stoßzeiten Flugblätter und Broschüren verteilt, wurden Kundgebungen mit der Songgruppe und kurze Ansprachen der Kandidaten durchgeführt. Die Mehrzahl der Reaktionen

zeigte eindeutig: es war eine Agitation von Außenseitern für Außenseiter außerhalb der Realität der Betriebe, von einer Gruppierung durchgeführt, die in den meisten Betrieben weitgehend unbekannt war. Der Hinweis auf die fehlende Parteizugehörigkeit machte die Verwirrung nur noch kompletter.

Sicherlich war es angenehm, vor dem Flohmarkt zu stehen und an Bekannte oder solche, die einem auf dem ersten Blick bekannt vorkamen, Material zu verteilen. Sie nahmen es und zeigten Interesse. Sie sprachen mit einem.

Ein großer Erfolg war zweifellos das kleine Kulturfestival in der Königsgasse, wohin an die tausend Besucher kamen. Die GE schaffte es, die wenig einheitliche Linke von Teilen der SPÖ bis zu den Trotzlisten, Maoisten, Alternativen wenigstens "passiv" als Publikum, zu vergattern. Aber wieviel Wahlberechtigte trafen wir bei den Informationsständen am Naschmarkt an? Wieviele von den tausend Besuchern hatten einen festen Job, der eine Stimmabgabe ermöglichte, wieviele hielten es für überhaupt wichtig, die GE auch zu wählen? Für eine Alternativ-Gewerkschaft ist die Alternativszene in Österreich (in Wien, wenn überhaupt) noch zu klein; die Linke derzeit fast bedeutungslos.

Die GE wurde in den Betrieben, wo sie ihre Betriebsräte hat, von Bruchteilen der "normalen" Arbeiter und Angestellten gewählt. Sie wurde bevorzugt von der kritischen jungen Intelligenz in der Arbeiterkammer, im Institut für höhere Studien, im ORF gewählt. Beide Gruppierungen sind – leider – nicht wahlentscheidend. Es ist so, daß müssen wir zur Kenntnis nehmen, das müssen wir in unsere Strategie einbeziehen:

Die SPÖ erscheint für die lohnabhängigen Massen derzeit als die einzige linke Alternative.

Die Parole, die diesem Umstand Rechnung zu tragen versuchte, wurde nicht

aufgenommen: bei den Nationalratswahlen die Abwahl der SPÖ, den Bürgerblock verhindern; bei den Arbeiterkammerwahlen die linke Alternative stärken. Bei beiden Wahlen wurde zwischen allgemeingesellschaftlicher und rein gewerkschaftlicher Politik *nicht* getrennt. Die SPÖ erhielt bei an sich sehr verschiedenartigen Wahlgängen von vielfach identischen Wählerschichten aus vermutlich den selben Gründen ein ähnlich großes Vertrauen geschenkt.

Der KPÖ-Gewerkschaftliche-Linksblock ist vielleicht wegen seiner unkritischen Einstellung gegenüber dem "realen Sozialismus" von den Arbeitern und Angestellten von 10 auf 6 Mandate reduziert worden. Da steckte gewiß auch politische Absage darin. Aber die GE, die sich links, parteiunabhängig und kritisch gegenüber dem Modell des östlichen Sozialismus gibt, wurde dafür "politisch" auch nicht honoriert. Überhaupt scheint eine der Lehren aus dieser Kandidatur zu sein: je mehr das Differenzierungsvermögen der Wähler strapaziert wird, umso größer ihre Ratlosigkeit.

GE hat an Stimmen insgesamt dazugewonnen, aber Mandat verloren.

Insbesondere das unerwartet gute Abschneiden sowohl bei den Arbeitern, als auch bei den Angestellten in Niederösterreich (nach einer Wahlkampf-"Spritztour" zweier Kollegen!), sollte zum Nachdenken über die zukünftige Strategie der GE Anlaß geben. Wieviele wählten hier einfach GE, weil sich ihnen nach vielen Jahren neben SPÖ und KPÖ wieder eine linke Alternative angeboten hat? Auch dies wäre Bestätigung dafür, daß zwischen "Politik" und Gewerkschaftsarbeit kein so großer Unterschied gemacht wird, wie machen Kollegen behaupten.

Wenn es der GE (mit unserer Hilfe) gelingt, die Arbeit in- und außerhalb der Betriebe die nächsten vier Jahre intensiv fortzusetzen; – wenn sie sich nicht scheut, zu allen gesellschaftlichen und parteipolitischen Fragen Stellung zu nehmen; – wenn sie innerhalb ihrer eigenen Reihen jene demokratischen Strukturen der Information, der Mitbestimmung und der Verbindlichkeit schafft, deren Mangel sie im ÖGB mit Recht kritisiert, könnten aus dieser Niederlage künftige Erfolge erwachsen.

Für uns gilt nach wie vor: Die GE braucht uns – wir brauchen die GE.

Stichworte zum Unternehmerrisiko

Im April wurde bekannt, daß die Firma Ingelen (Farb-TV-Geräte), eine Tochter der berühmt-berüchtigten ITT, Mitte 79 geschlossen werden soll und 400 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren werden (OL-Mai berichtete darüber). Nun ist es soweit, der Betrieb in Wien-Hernals wird stillgelegt, der Einspruch des Betriebsrates war erfolglos, die staatliche Wirtschaftskommission unter Vorsitz des Handelsministers hat getagt – Ergebnis: die ITT verlegt die Produktion von Ingelen ins Ausland.

Dazu einige Informationen aus der "Arbeit und Wirtschaft" 7/79: ITT hatte

1978 einen Umsatz von 19,4 Milliarden Dollar (plus 16% gegenüber 1977) und einen Reingewinn von 622 Millionen Dollar (plus 17,4 gegenüber 1977) und hat, ebenso wie in den vorangegangenen vierzehn Jahren, die Dividende erhöht.

Das ITT Austria Werk am Wiener Stadtrand wurde erweitert. Unter den Titel Arbeitsplatzbeschaffung erhielt ITT dafür von der Stadt Wien und dem Bund Hunderte Millionen Schilling Zuschüsse. Während dort noch gebaut wurde, sprach man schon von der Schließung des Hernalser Werkes. Von einer Stopfung der Zahlung durch Bund und Gemeinde war natürlich keine Rede. Ebenso wie bei Eumig. Dieser Konzern hat auch Hunderte Millionen für die Schaffung von 400 Arbeitsplätzen in der Steiermark aus Steuermitteln erhalten

und gleichzeitig in Niederösterreich mehr als doppelt soviele Arbeiterinnen entlassen und entläßt noch immer. So blöd können die staatlichen Stellen ja gar nicht sein, daß sie nicht bemerken, wie sie hier beschissen werden. Offensichtlich sind sie bei diesem gigantischen Betrug des österreichischen Volkes die Komplizen der Konzerne.

Wie gesagt, die Fakten kann man in der Zeitung des ÖGB und der Arbeiterkammern immer wieder nachlesen. Aber dabei bleibt's dann aber auch. Immer wieder werden die Sauereien im Nachhinein achselzuckend oder empört festgestellt. Was aber machen die Bonzen von ÖGB und AK, wenn sie mit den Regierungsbonzen im gleichen Parteivorstand oder mit den Wirtschaftsbossen im gleichen Luxuslokal sitzen?

alltägliche geschichten

Nostalgisches aus der SPÖ

Die wiedererschienene "Arbeiterzeitung" schrieb am 5. August 1945 (!) folgendes:

"... Die kapitalistische Wirtschaftsordnung mit ihrer anarchischen Produktion, immer wieder Massenarbeitslosigkeit erzeugend, hat den Faschismus gezeugt als ihr legitimes Kind. Der Faschismus aber hat zum zweiten Weltkrieg und zur Katastrophe geführt. In dieser Katastrophe ist in den besiegten Ländern die kapitalistische Wirtschaftsordnung selbst zerbrochen. Soll sie nun wieder aufgebaut werden? Soll mit ihrem Wiederaufbau der Weg zu neuen Wirtschaftskrisen, neuer Massennot, neuer Katastrophen gebahnt werden? Nie und nimmer!"

Soweit die Meinung der SPÖ-Führung unmittelbar nach der Gründung der 2. Republik. Unsere Leser kennen diese und ähnliche Willensäußerungen aus der damaligen Zeit und sie wissen auch, was aus der Sozialdemokratie geworden

ist: ein verlässlicher Sachverwalter des Kapitalismus in Österreich und nicht nur hier. Warum erinnern wir gerade jetzt daran? Die AZ hat es selbst getan. Anlässlich des 90jährigen Bestehens des Zentralorgans der SPÖ brachte sie Anfang Juli eine Sonderbeilage heraus.

Unter vielen Zitaten aus den vergangenen Jahrzehnten fand ich auch das obengenannte. Nun grübel ich: war hier ein linker Partisan, der die Hoffnung, aus der SPÖ eine sozialistische Partei zu machen, noch nicht aufgegeben hat, am Werk? Oder fühlen sich die herrschenden rechten Macher schon so sicher, daß sie es wagen, sich über die sozialistische Vergangenheit lustig zu machen?

Weil noch ein bisserl Platz ist

Gerd Bacher, der neue, alte ORF-General (haben Sie's schon am Programm gemerkt?) von Betriebsratsgnaden, hat

zwar einen Dienstvertrag ergattert, um den ihn Staatsoberhäupter beneiden, im Strassenverkehr ist er aber weniger erfolgreich. Am 13. Juli um 2 Uhr früh landete er auf der Heimfahrt mit seinen Dienstmercedes in einer Baustelle in der Währingerstrasse. Es gab Blechsalat und einen Achsbruch. So ein Pech. Zum Glück war die Feuerwehr zur Stelle und holte den Wagen wieder heraus. Jetzt aber kommt das Unglaubliche. Da waren doch tatsächlich Polizisten so frech und tolldreist, vom Herrn GI den Führerschein zu verlangen und außerdem noch einen Alko-Test machen zu wollen. Da zeigte ihnen aber der Bacher wer hier der Herr ist. Führerschein hatte er keinen bei sich und ins Röhrl blasen oder gar sich von einem Amstarzt untersuchen zu lassen verweigerte er glatt. Da konnte ja jeder kommen. Recht hat er der Herr GI! Es wäre ja auch schon Zeit, daß auch der letzte Polizist begreift, wer in diesem Staat die Herren sind und wem sie zu dienen haben.

Herbert Brunner ■

Laßt Gorleben leben !

“Jene, die die Energie genauso dringend brauchen, weil die Betriebe sie benötigen und sich einerseits, obwohl zuerst dafür, dann dagegen gewesen sind – vielleicht besinnen sie sich, und vielleicht kommt von dort die Initiative.”
(Benya, Kurier, Mi. 11. Juli 79)

“Jene, die die Auseinandersetzung um das AKW Zwentendorf für abgeschlossen halten, weil wir ja sogar ein Atomkraftsperrgesetz bekommen haben, und sich in letzter Zeit, obwohl bis zum 5. November engagiert, dann gleichgültig gewesen sind – vielleicht besinnen sie sich, und vielleicht kommt von dort die Initiative”
(OL. Juli/August 1979)

Neuer Frühling für Zwentendorf?

Gar nicht so überraschend beginnen in der Sauren-Gurken-Zeit die ewig Gestrigen (allen voran Benya) “kritische Überlegungen” anzustellen, um im 2. Anlauf, Zwentendorf doch noch in Betrieb zu nehmen. Nicht zur Erinnerung, sondern aus aktuellem Anlaß folgendes:

Gorleben, das Nadelöhr der Atomindustrie

In Gorleben soll eine Wiederaufbereitungsanlage (WAA*) errichtet werden, wo aus den abgebrannten Brennstäben von Atomkraftwerken noch verwertbares Uran für neue Brennelemente gewonnen wird, und “nebenbei” auch das Material für Atombomben (Plutonium) anfällt. Der Atom Müll aus dieser WAA und auch aus anderen Atomanlagen soll gleich in Gorleben “endgelagert” werden, denn nach Meinung der Atomindustrie sind die Salzstöcke dieses Gebietes dafür bestens geeignet. (Die Salzstöcke Asse I und Asse III sind mittlerweile schon abgesoffen – in Asse II wird noch immer Atom Müll endgelagert.)

Um die Atomkraftwerke wachsen die “Zwischenlager”. Die einzige halbwegs

Gorlebenlied

Von Walter Mossmann

Da wo die Elbe rauskommt aus dem Zaun, der unter Strom steht und schießt,
da wo die Elbe zaunlang durch die grüne Stille fließt,
wo hinterm Teich der Wald liegt, auf Wiesen stehn ein paar
Kühe rum mit Milchgesicht, auch Vögel sind noch da,
der Wiedehopf, der Kranich und Familie Adebar,
dort fahr ich hin und bin doch kein Tourist.
Ich bin auch nicht der erste vor mir ist dort eine Bande zugereist
die auf die grüne Stille und die bunten Vögel schießt,
sehr feine Herren im Anzug mit Computerblick
für die ist alles Leben ein unbehauntes Stück,
aus dem man blanke Münze schlägt, Zerstörung bleibt zurück,
der Tod, der heutzutage Entsorgung heißt;

Refrain: So sing doch Vogel sing, daß Gorleben lebt!
Daß dort der Totengräber seine eigene Grube gräbt.

Ein Giftmüll soll versteckt werdn, im Salz der Erde unter dem Land,
und für die Giftfabrik braucht es ein leeres Land am Rand
die Mafia hat gebetet um ein Boden ohne Wert
der liebe Gott hat das Gebet der Mafia erhört,
sein Feuer hat paar Wälder hinter Gorleben zerstört,
mein Gott, kam der gelegen, dieser Brand.
Der Rauch hat sich verzogen, keine Kläger und kein Richter sind nicht da,
so geht das eben, wenn der Biedermann Brandstifter war.
Da haben viele Leute den Zusammenhang geschnallt,
Wir trafen uns das erste Mal im verbrannten Wald.
und haben angeklagt die herrschende Gewalt,
und Asche trug da ein jeder heim im Haar.

Refrain:

Solidaritätslied

von Kurt Winterstein

Ja gebaut haben sie und wir haben nichts gehant, und das wär so geblieben bis
jetzt, und das Kraftwerk wär' gelaufen, wie geplant,
doch dann haben die Leute den Platz in Why! besetzt

Refrain:
und ich mein' das ist ein Grund, den jeder versteht,
ja das ist ein Grund für Solidarität.

Und in Kalkar warn es 50 000 Leute und noch mehr
und in Österreich da wuchs der Widerstand
und da mußte plötzlich eine Volksabstimmung her,
weil die Lobby keinen anderen Ausweg mehr fand, und ich mein . . .

Ja am 5. November, da war's soweit
und wir haben's vorerst geschafft,
und das hat uns nicht nur in Österreich gefreut,
ja das gab unseren Freunden im Ausland Kraft, und ich . . .

Und wenn Gorleben aus der Asche steigt,
ja dann geht uns das was an
und wenn dort wieder Blumen blühen,
dann haben das die und wir getan, und ich . . .

Ja es hat sich die Atomindustrie
schon längst international organisiert
drum wenn's in Gorleben losgeht
wird in Österreich demonstriert, und ich . . .

funktionierende WAA in La Hague kann bedauerlicherweise ihr Plansoll nicht erfüllen, da die Betreiber wachsende Schwierigkeiten mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeiter haben.

Warum Gorleben?

Obwohl sich die Betreiber mit Grenz-AKW's schon verrechnet haben, (Wyhl-Makckolsheim an der deutsch-französischen Grenze) glauben sie, einen gemeinsamen Widerstand von West- und Ostdeutschen ausschließen zu können.

Das Gebiet um Gorleben ist sehr dünn besiedelt (41 EW/km² im Landkreis Lüchow-Dannenberg, 274 ist bundesdeutscher Schnitt), durch die schlechte Infrastruktur (keine Bahnverbindung), die Pendlerprobleme sind bezeichnend für die Wahl des Gebietes.

Um den Baugrund günstig zu erhalten, ließen die Betreiber an den drei ins Auge gefaßten Stellen Waldbrände ausbrechen.

Der Widerstand

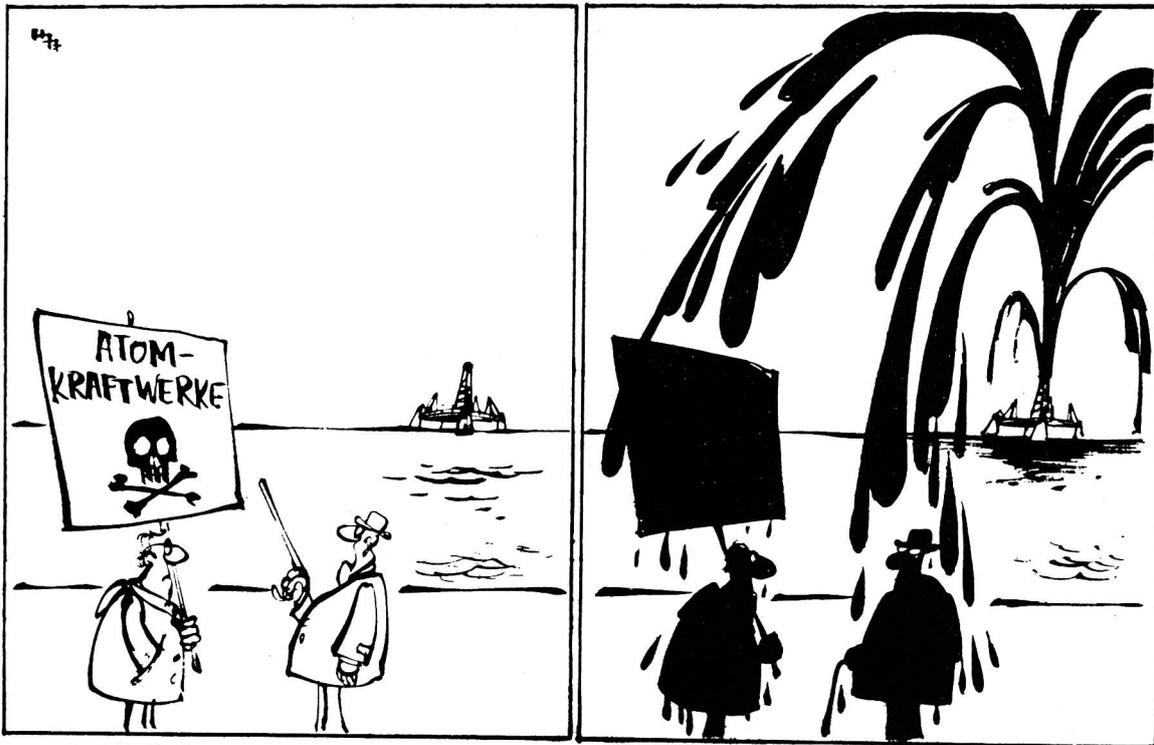
Im März 77 fand auf dem geplanten Baugelände eine Großkundgebung mit ca. 20 000 Teilnehmern statt. Mit der Parole "Wiederaufforstung statt Wiederaufbereitung" wurden auf der Waldbrandfläche Bäumchen gepflanzt. Aus dem Holz der Gegend bauten die Bürgerinitiative einen Kinderspielplatz, der in erster Instanz wegen "Landschaftsverunstaltung" abgerissen werden sollte.

Mit Aktionen wie Zuschütten von Bohrlöchern, Überkleben von Ortsschildern:

"Gorleben ist überall", Ablagern von Einwegflaschen vor E-Werken, Hungerstreiks, Kirchenbesetzungen, Blockierung von Grenzübergängen, Demonstrationen und Sternfahrten mit "tätlichen Übergriffen" auf Baufahrzeuge und als Höhepunkt dem Treck nach Hannover am 31.3.79 (über 100 000 Demonstranten) erreichten die WAA-Gegner immerhin, daß es "... aus politischen Gründen momentan nicht opportun sei, den Bau der WAA zu genehmigen". (Albrecht, Ministerpräsident von Niedersachsen).

Die Bewilligung für das Endlager wurde zwar bereits gegeben, bisher beschränkten sich die Betreiber allerdings auf Probebohrungen auf dem Gelände, das sie bisher ergattern konnten.

Einige AKW-Gegner verbrachten das internationale AKW-Wochenende zu Pfingsten in Gorleben. Wir bringen Auszüge aus einem Interview mit einem Bauern aus dieser Gegend.



„... alles Hysterie und Panikmache, Atomenergie ist genau so sicher und sauber wie Öl!“

F: Was würde denn das für Sie bedeuten, wenn hier die Wiederaufbereitungsanlage gebaut würde?

K: *Wahrscheinlich würden die uns aussiedeln. Das ist in einem Landschaftsrahmenplan von Niedersachsen auch schon angedeutet.*

F: Was heißt denn "aussiedeln"? Mit welchen Mitteln können die Sie zwingen, wegzugehen?

K: *Haha, die brauchen uns gar nicht zwingen. Wenn wir unsere Produkte nicht mehr loswerden, wegen Marktverruß, was sollen wir dann machen? Entweder bei denen arbei-*

ten, oder wo sollen wir denn sonst hin?

Und so ist das auch nicht in der Landwirtschaft, daß uns die Kollegen nun helfen und sagen: "Ihr seid ja nun die Betroffenen, wir schleppen euch mit durch. Wir beliefern die Filiale in Ülzen und ..."

F: Die würden eure Sachen schon deshalb nicht abnehmen, weil die Leute Angst davor hätten.

K: *Natürlich. Die sagen, wenn wir euren Scheiß nehmen, werden wir unseren nicht mehr los.*

K: *Ist euch das ein Begriff, Scheuten?*

F: Scheuten? Nee!

K: *Das ist der Vorstand der DWK. Ich stand dem mal gegenüber, da hat er uns gesagt: "Mit der ersten Teilgenehmigung läuft für uns das zweite Genehmigungsverfahren für die zweite Anlage an." Das hat er uns offen gesagt. Und heute will Albrecht davon nichts mehr wissen. Aber wenn der das uns gesagt hat, dann hat der das auch der Landesregierung gesagt.*

F: Was heißt das: zweite Anlage?

K: *Eine zweite Wiederaufberei-*

tungsanlage. Die erste ist in 15 Jahren, spätestens in 25 Jahren hinüber.

F: Die Wiederaufbereitungsanlage ist ja jetzt offiziell gestoppt?

K: *Na ja aus politischen Gründen ist das jetzt nicht machbar.*

F: Also Albrecht meint aus politischen Gründen wohl, eben weil in der Bevölkerung so großer Widerstand herrscht. Wie schätzt du denn das ein? Von Seiten der Einheimischen und auch von Seiten der Bauern?

K: *Angewachsen ist der Widerstand ganz spontan, im letzten halben Jahr ungefähr. Gar nicht durch uns, weil wir so viel getrommelt und die Leute dadurch überzeugt haben, sondern durch die Fehler, die die Betreiber und die Regierung gemacht haben.*

F: Waren Sie auch bei dem Treck in Hannover dabei?

K: *Die beiden letzten Tage.*

F: Ich habe gehört, daß der Albrecht die Landleute nicht empfangen hat.

K: *Ja und nein, wir waren eingeladen um 15 Uhr in der Schule und dann kam auf einmal die Nachricht, das ist nicht in der Schule, das ist in der Stadthalle und dann war es doch in der Schule. Die haben das Gerücht bewußt losgelassen. Wir sind natürlich alle erst zur Stadthalle und – von euch waren doch sicher auch welche da, ihr wißt wie dicht die Straßen da waren – und dann sind wir einfach nicht bis 15 Uhr hingekommen, bis auf ein paar. Aber es waren einige gute Leute da, die haben da Fragen gestellt. Und die letzte Frage war da, von einem ganz jungen Landwirt: "Na mein lieber Albrecht, wie stellen Sie sich das im Landkreis Lütow-Dannenberg weiter vor?" Da guckte der auf die Uhr und sagte: "Ich habe mich jetzt schon andert-halb Stunden mit euch unterhalten" und ist abgehauen. Dieser Landwirt, der hat nicht gesagt: "Herr Ministerpräsident oder Doktor Albrecht, der hat einfach gesagt: "Mein lieber Albrecht . . ." Naja der war nicht richtig frech aber wenn da 150 Landwirte zusammen sind in Hannover, die fühlen sich schon stark.*

F: Warn ja auch genug Demonstrationen da?!

K: *Ja die Stimmung, die war gut.*

F: Wie macht ihr das hier in Pevesdorf, wie oft trefft ihr euch in der BI?

K: *Meistens ist Gorleben der Treffpunkt Freitags.*

Am Anfang kamen jede Woche Gruppen oder einzelne Leute abends in die BI-Versammlungen und sagten: "Nun informiert uns!" Und so hätten wir jedesmal wieder das Einmaleins lehren müssen und da haben wir gesagt: "Auf die BI-Versammlungen paßt das nicht." Und da haben wir uns vorgenommen. Leute, wie euch, unter der Woche zu treffen und zu informieren.

Wir sind hier viel auf auswärtige Zweitwohnbesitzer angewiesen. Wir haben hier ziemlich viele von ihnen, aus Hamburg und Berlin. Und das sind natürlich alles Gegner. Die sind hier, weil es ruhig ist, und weil der ökologische Haushalt stimmt. Wir haben hier noch Kraniche und alle Wildtierarten.

F: Klappt die Zusammenarbeit denn so gut zwischen den Hiesigen und den Besitzern der Zweitwohnungen?

K: *Ja wir sind auf die Doktoren und Lehrer angewiesen, denn, daß muß man ehrlich sagen, der Bildungsstand ist bei uns auf dem Land nicht so groß wie in der Stadt. Sicher hat es da auch Reibereien gegeben, aber wenn es nötig war, haben wir uns wieder gefunden.*

F: Gibt es irgendwelche Überlegungen, was man macht, wenn die einmal ernster machen?

K: *Wie?*

F: Ob es Überlegungen gibt, . . . ?

K: *Wenn es die geben würde, würde ich die auch nicht sagen! Hahaha*

F: Wie ist denn derzeit die Stimmung in der BI?

K: *Jetzt sind wir obendrauf, so optimistisch wie in den letzten Wochen und Monaten waren wir lange nicht. Wie oft haben wir gehört: "Mensch, was ihr nur wollt, die WA kommt ja doch."*

F: Was sagt ihr zu der Lösung, die jetzt geplant ist?

K: *Ist keineswegs befriedigend! Sicher halte ich ein Endlager hier für eher annehmbar als eine WAA, ich würde hier nur dann einem Endlager zustimmen, wenn im nächsten Jahr schon 2 AKWs stillgelegt wer-*

den und, sagen wir, 1990 das letzte! Denn wenn sie es ernstlich meinen, daß sie keinen Lagerplatz mehr haben, dann müssen sie die AKWs abstellen. Dann würden wir hier auch das Endlager dulden.

F: Wenn die Salzstöcke sicher sind, das ist ja auch noch ein Risiko.

K: *Das ist eine andere Sache.*

F: Aber das Problem der Endlagerung bleibt, ob du für oder gegen Kernkraftwerke bist. Da muß man sich schon was überlegen!

K: *Bei uns stehen ja jetzt schon 14 oder 15 AKWs.*

F: Wie stark ist denn diese Gruppe "Recht auf Energie". Wir haben am Sonnabend ein Inserat in der Zeitung gelesen, von denen?

K: *Och die sind nicht groß, das sind 3 oder 4 Mann.*

F: Aber die haben das Geld wahrscheinlich?

K: *Die werden von den Betreibern finanziert.*

F: 3 oder 4 Leute hier aus der Gegend?

K: *Ja, die kennen wir. An dem Tag, wo wir in Hannover waren, da haben die hier demonstriert, für Kernenergie, 14 Mann aus ganz Deutschland!*

Alle: *Hahahahahahahahahahaha*

F: Was macht denn die Jugend hier?

K: *Die ist überwiegend skeptischer als meine Generation, aber nicht so aktiv, die ist an Sportvereine gebunden und so . . .*

Der einzige Verein, der hier so ein bißchen Wirbel gemacht hat, ist der Landfrauenverein, die haben oft Inserate aufgegeben und die Männer angeschärft.

F: Sind es viel hier im Landkreis, die was tun?

K: *Ne, das ist ein ganz kleines Grüppchen, und überwiegend Zweitwohnbesitzer. Die ersten anderthalb Jahre, waren wir nur drei Landwirte. Zum Grundstückverkauf: Da haben wir geschlafen. Ein Jahr später hätten längst nicht mehr so viele verkauft. Aber man muß das auch aus der Sicht der betroffenen Landwirte sehen: der XY, der hätte auch verkaufen können und hätte 1000 Mark für seinen Flug-sand bekommen, denn das ist minderwertiger Boden. Aber der war eisern und hat gesagt: "Für diesen Zweck verkaufe ich nicht! Und wenn ich da was gehabt hätte, ich hätte auch nicht verkauft." ►*

F: Wieviel haben die denn schon von dem Land, das sie haben wollen?

K: *Ah, knapp die Hälfte, 540 ha haben sie und 1200 hätten sie gerne.*

F: Die kriegen sie jetzt aber nicht mehr?

K: *Wenn der Graf . . . nicht verkauft. Es ist überwiegend der, der nicht verkauft.*

F: Wie ist das eigentlich mit dem Graf einzuschätzen? Macht der bei euch in der BI mit?

K: *Er nicht, aber seine Frau!*

F: So ein Baugrund, der eventuell einmal enteignet werden kann, kann ja auch ein Spekulationsobjekt sein?

K: *Ne, das glaube ich nicht. Der lebt ohne diese 27 Millionen auch nicht schlecht, er ist nicht darauf angewiesen. Allerdings, wenn er vor der Enteignung stünde, dann würde er vorher verkaufen.*

F: Wie war das eigentlich mit dem Brand? Ist das nun später noch bekanntgeworden, daß da also, ob das rein zufällig war, daß der genau auf dem Gelände ausgebrochen war.

K: *Na ja, als der Brand ausbrach, standen ja noch mehrere Standorte im Gespräch. Und dann hat es zufällig an den drei fraglichen Plätzen gebrannt. Auffallend war auch, daß die Ermittlungen zu dem Brand bald eingestellt wurden.*

F: Da sind doch auch Menschen umgekommen bei dem Brand?

K: *Ja, und einen Verdacht haben wir auch, daß auch der Brandstifter umgekommen ist. Und gleich nach dem Bekanntwerden haben die Leute, die dort Wald verloren haben, Transparente an ihre Zäune gehängt: "Das Land Niedersachsen war der Brandstifter!" Und als sie dem Albrecht auf den Kopf zusagten: "Mensch, das habt ihr doch angesteckt!", lacht er: "Das kann gerne möglich sein, aber zu der Zeit war ich noch nicht hier!"*

F: Unverschämt!

K: *Ja er macht so ja einen ganz sympatischen Eindruck, aber gewisse Ausstrahlung hat er, aber . . .*

F: Strahler-Albrecht!

K: *Na, er ließ auch schon 80 Zellen aufmachen für Demonstranten, vorsorglich.*

F: Und ist denn die Gemeindeverwaltung überhaupt einstimmig gegen diese WWA?

K: *Ne, einstimmig nicht, aber überwiegend. 2 Leute sind extrem dafür! Aber die anderen 7 sind ehrlich dagegen.*

K: In Hannover fuhr da hinter mir so ein gewaltiger Lautsprecherwagen. Dieses Ding hat unheimlich Stimmung gemacht. Ist das von euch einer?

F: Ne, wir haben nur die Gitarre dabei!

K: *Was nun gar nicht ankommt in unserem Kreis, das sind unterschwellige kommunistische Ideen. Bei uns gehen die Leute am Abend gern auf dem Elbdeich spazieren, aber drüben geht kein Mensch. Das heißt Kommunismus. Da steht ein 4 m hoher Zaun. Alles was ein bißchen links klingt, kommt hier im Kreis nicht an. Es gibt auch keine Familie hier, die nicht Verwandte oder Bekannte drüben hätte.*

F: Und es gibt keinen Kontakt mit den Leuten drüben? Über Verwandte oder so! Gibt es da nicht wenigstens ansatzweise Widerstand?

K: *Dochdohdoch, die dürfen bloß keine BIs gründen, sonst verschwinden die!*

F: Aber sie sind informiert?

K: *Sie können ja das Fernsehen von hier empfangen. Außerdem schickt ihnen die DKW ja auch "Informationsmaterial". Und über unsere Bekannten können wir Informationsmaterial verbreiten, wenn auch nicht alles ankommt. Was dort aber vor allem noch fehlt ist das persönliche Gespräche der Leute untereinander. Weil einer dem anderen kaum noch traut.*

F: Sie haben gesagt, daß die Leute hier, wenn sie von "links" hören, sehr reserviert werden. Ist es nicht bekannt, daß es innerhalb der Linken verschiedene Gruppen gibt, die sich gegenseitig . . .

K: *Natürlich, aber das ist ihnen wurscht, alles was mit K zusammenhängt, scheren die Leute hier über einen Kamm. Ob das nun China-Kommunismus ist, oder KBW oder . . . Seid ihr nur so mitgekommen? Euer Volksentscheid, das ist, ich will ja nicht gerade sagen toll, aber ganz schön geholfen hat es auch.*

F: Bei uns ist die Bewegung derzeit ziemlich schwach, die Leute sagen: Wozu? Z. ist verhindert. Und das ist jetzt schwer, überhaupt, daß man solidarisch mit den umliegenden Ländern ist.

K: *Nächstes Jahr ist hier Bundestagswahl. Und Albrecht will das nicht wieder als Wahlkampfthema Nr. 1.*

F: Während die SPÖ bei uns voll auf der Befürwortlinie lag, hat sich die ÖVP kritischer gegeben. Als das "Nein" dann feststand, sind sie ganz schön bleich geworden und bei der nächsten NRW sind sie trotzdem eingegangen. Wie stehen hier die Fronten?

K: *Die CDU ist sowieso . . . Kommen aus der Wirtschaft und sind für die Wirtschaft. In der SPD hat man doch schon ein paar mehr ehrliche Gegner. Ein Nachbar ist mit einem Bundestagsabgeordneten ein bißchen bekannt, der hat sich mal geäußert, entscheidend hier für Gorleben ist, daß hier so wenig Bevölkerung ist.*

F: Wir machen jetzt in Wien, wenn die UNO-City eröffnet wird, eine Gegenkonferenz zur offiziellen Konferenz, wo sich die Industrienationen, die dritte Welt aufteilen. Entwicklungshilfe nennen die das. Ein Ökodorf soll errichtet werden, mit Biogasanlage, Windräder und biologischen Landbau.

K: *Ich war sehr lange dagegen, daß das Thema "Biologischer Landbau" mit der WWA zusammen diskutiert werden sollte. Dünger, das ist um die Jahrhundertwende bei uns eingeführt worden, Spritzen Anfang der 50-er Jahre. Da noch dagegen anzukommen, das ist schwierig.*

F: Und dann sagen die Leute, a gegen solche Sachen seid ihr und gegen AKW auch, a ihr seids Trotteln. Also sind die AKWs genauso notwendig wie das Spritzen.

K: *Da war schon einmal so ein Österreicher da. Ich weiß aber nicht mehr, wie der heißt.*

F: Na so klein ist die Bewegung auch wieder nicht, daß jeder jeden kennt. Wir haben mit dem Kampf später angefangen, aber dafür unser AKW bereits – hoffentlich – erledigt. Jetzt haben wir das Problem der Stagnation. Weil die meisten zu sicher sind, und es an Solidarität mit dem Ausland mangelt.

K: *Ich mein' das liegt auch ein bißchen am Charakter dieser Bewegung, daß es so einen Schwung geben kann, so eine gewisse Zeit, aber nicht permanent. Da müßte es eine ganz andere Organisationsform geben, aber da weiß man nicht, ob das so schön ist.* ■

Gleichstellung eingeklagt

Bei uns ist nun am 1. Juli 1979 das Gesetz über die "Gleichbehandlung von Frau und Mann bei Festsetzung des Entgelts" in Kraft getreten (siehe "offensiv links" Nr. 51, April 1979) und wir werden erst sehen, wie es gehandhabt wird.

In der Bundesrepublik Deutschland haben Frauen um gleichen Lohn für gleiche Arbeit geklagt. Wie die Gerichte entschieden und wie die Unternehmer reagierten, schildert nachstehender Artikel, den wir in der Zeitung "express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit", Nr. 6, 13. Juni 1979, entnehmen.

Die Firma Ewald, die Speisegelatine herstellt, existiert seit 100 Jahren und wird von ihrem Besitzer in patriarchalischer Form geleitet.

Jederzeit auf Abruf

Seit Bestehen der Firma wurden nur die nötigsten Investitionen bezüglich der Arbeitsplätze vorgenommen. Es sind etwa 100 Personen beschäftigt, und etwa 25-30 Hausfrauen zusätzlich. Diese Frauen sind bei ihren Männern mitversichert. Mit dem zuständigen Finanzamt ist vereinbart, daß sie monatlich 360 DM steuerfrei erhalten können. Die Frauen sind zuhause und warten darauf, daß sie am Morgen telefonisch von dem Meister benachrichtigt werden, daß sie heute zur Arbeit kommen können. Durch dieses System sind ständig 20-30 Frauen im rotierenden Verfahren an festen Arbeitsplätzen eingesetzt, ohne daß die Lohnnebenkosten anfallen. Bei Auftrags-tiefs werden sie nicht eingesetzt. Diese Organisation der Arbeit ist möglich, da es in der Gegend nur wenig Frauenarbeitsplätze gibt.

Die Klage um Gleichbehandlung am Arbeitsplatz wird von 4 festgestellten Frauen geführt, die an der Trocknungsanlage beschäftigt sind. 8 Frauen sind hier im Schichtrhythmus von 6-14 Uhr bzw. 14-22 Uhr an der Maschine tätig. In der Dauernachtschicht ist die Maschine ausschließlich von 4 Männern besetzt. Die Tätigkeit besteht darin, aus der Trocknungsanlage getrocknete und geschnittene Gelatineblätter herauszunehmen und in Kartons einzusortieren. Die Arbeitsbedingungen sind katastrophal. Im Winter hat es eine Temperatur von 30 Grad, im Sommer noch höher. Die Gelatine ist sehr wetterabhängig, sie läßt sich nur bei dieser Temperatur verarbeiten. Für die Arbeit wird Fingerfertigkeit als Qualifikation benötigt. Das Band läuft ununterbrochen, so daß es keine Pausen gibt, um sein Brot in Ruhe essen zu können. Wenn zur Toilette gegangen werden muß, ist nur der Maschi-

nenführer zur Ablösung da. Eine der Frauen, die etwas größer ist, muß den ganzen Arbeitsablauf in gebückter Haltung stehen. Die Frauen bekommen für diese Tätigkeit die Lohngruppe 1 des Tarifvertrages (8,54 DM), die Männer die Lohngruppe 2 mit einem Stundenlohn von 9,04 DM und den tariflichen Nachtschichtzuschlag von 15% auf den Stundenlohn.

Die höhere Bezahlung hat auch eine Ursache darin, daß zu Zeiten der Vollbeschäftigung für diese Arbeiten keine Männer gewonnen werden konnten. Die Dauernachtschicht wird deshalb von den Männern durchgeführt, da die Frauen nach der Arbeitszeitverordnung (AZO) nur am Tage arbeiten dürfen. Diese Schutzbestimmung beinhaltet auch, daß ihnen daraus kein finanzieller Nachteil entstehen darf. Es wird nun des öfteren gefordert, daß diese Schutzbestimmungen aufgehoben werden sollen. Das bedeutet, daß man die unmenschliche Nachtarbeit mit ihren negativen Auswirkungen auf die Gesundheit

und auf die Familie, für alle fordert, anstatt sie abzuschaffen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Die Frauen an der Trocknungsanlage haben sich über diese Situation jahrelang beschwert, hatten aber nicht den Mut zu klagen. Im vergangenen Jahr war es dann so weit. In Zusammenarbeit mit dem Kreisfrauenausschuß, dem zuständigen Gewerkschaftssekretär der IG Chemie und dem Referenten von Annemarie Renger (Frau Renger hat über die Presse die Frauen aufgefordert, die Gleichbehandlung am Arbeitsplatz einzuklagen) waren die Frauen schließlich bereit, die Klage zu unterschreiben.

Nun begann das Karussell. Innerhalb des Dorfes wurde es begrüßt, daß gegen den Patriarchen endlich etwas unternommen wurde. Mit den betroffenen Männern an dem Band gab es kaum Konflikte, einige Männer im Betrieb motzten herum. Der Unternehmer reagierte dahingehend, daß er zuerst versuchte, die Frauen lächerlich zu machen. Dann setzte er sie unter Druck, indem er drohte, die Männer herabzugruppieren, wenn die Klage nicht zurückgezogen würde. Von Journalisten wurde den Frauen die Bude ingerannt. Man kennt die Methoden gewisser Boulevard-Blätter, die einem den Rest an Privatheit enteignen. Alles dies stürmte nun auf die Frauen ein.



Arbeitsgericht in Gelsenkirchen

Das Arbeitsgericht in Mainz hat in erster Instanz entschieden, daß die Klage nach der gleichen Eingruppierung und die rückwirkende Bezahlung der Lohngruppendifferenz zurückzuweisen sei. Es wurde dahingehend argumentiert, daß es sich durch die unterschiedliche Arbeitszeit nicht um die gleiche Arbeit handelt. Das heißt, die besondere Situation der Männer in der Dauernachtschicht beinhaltet, daß zwar an derselben Maschine aber nicht zur selben Zeit gearbeitet wird. Des weiteren liege es dem Unternehmer anheim, einen Sondernachtzuschlag zu zahlen oder den Arbeitnehmer in eine höhere Lohngruppe zu tun.

Der Unternehmer hat mittlerweile auch geklagt, und zwar um die vom Betriebsrat verweigerte Zustimmung zur Herabstufung der Männer in Lohngruppe 1. Der Klage des Unternehmers wurde stattgegeben. Die Männer sind mittlerweile zurückgruppiert. Sie erhalten jedoch die Differenz zwischen Lohngruppe 1 und 2 als Ausgleichszulage.

Aus dieser Klage des Unternehmers ist zu schließen, daß er sich nicht auf das erstinstanzliche Urteil verlassen und einer Höhergruppierung der Frauen in die Lohngruppe 2 zuvorkommen wollte. Die Verhandlung vor dem Landesarbeitsgericht in 2. Instanz brachte für die Frauen nichts Neues, da sich der Richter der erstinstanzlichen Argumentation anschloß. Es ist jedoch die Revision vor dem Bundesarbeitsgericht zugelassen.

Nun kommt es darauf an, daß die Frauen weiterhin die Kraft haben und sich zu diesem Prozeß entschließen; die IG Chemie gewährt weiterhin Rechtsschutz.

Im Fall der Sobernheimer Frauen wurde von Seiten des Gerichts argumentiert, daß es letztendlich die Entscheidung des Unternehmers sei, die Nachtschichtarbeiter von vornherein in eine andere Lohngruppe einzugruppierten, in die er nach Art seiner Tätigkeit nicht hineingehört, oder ihm eine Zulage zu der Lohngruppe zu gewähren. Im Gelsenkirchner Prozeß dagegen wurde den Frauen unter dem Gleichbehandlungsgrundsatz die unterschiedlichen übertariflichen Zuschläge zugesprochen. Diese Auseinandersetzung wird nun vor dem Bundesarbeitsgericht geführt werden: Setzt sich hier das Prinzip der Vertragsfreiheit oder das Prinzip der Gleichbehandlung durch?

In diesem Zusammenhang sei auch auf die Auseinandersetzung um den Ehrenberg-Entwurf für ein Gleichbehandlungsgesetz verwiesen. Welches Prinzip sich vor dem Bundesarbeitsgericht durchsetzt, ist letztendlich eine politische Frage.

Es ist zu hoffen, daß der Prozeß durch den Spruch des Arbeitsrichters aus Gelsenkirchen bestimmt sein wird: "Diese Frauen haben Anspruch darauf, auch den Lohn zu bekommen, zu dem Männer überhaupt erst bereit sind, eine Arbeit aufzunehmen".

IRIS BERGMILLER ■

betrifft:

Wir haben in dieser Rubrik bisher meistens aktuelle Einzelfälle gebracht – typische, vielleicht etwas krassere, die aber insgesamt die Faktizität österreichischer Rechtsstaatlichkeit problematisieren sollte. Selten wurde hier bisher theoretische Problematik erörtert, stets aber auf Österreich bezogen. Von dieser Regel soll einmal eine Ausnahme gemacht werden. Einer der diesjährigen Schwerpunkte von amnesty international ist der weltweite Kampf zur Abschaffung der Todesstrafe. Ein kleiner Beitrag hierzu soll im folgenden geleistet werden.

Es gibt mit Sicherheit und entgegen weitverbreitetem Fortschrittsoptimismus keine Automatik im gesellschaftlichen Fortschritt. Geschichte ist stets auch die Geschichte handelnder Menschen und des Kräfteverhältnisses der Interessensgruppen, Klassen in die sie gespalten sind. Insoweit hat die Diskussion um die weltweite Abschaffung der Todesstrafe sicher auch für Österreich Bedeutung.

Die Todesstrafe ist bis heute lediglich in 11 Staaten abgeschafft, darunter auch in Österreich, das die Todesstrafe im ordentlichen Verfahren im Juli 1950 und im außerordentlichen Verfahren im Februar 1968 abgeschafft hat.

Daß eine Abschaffung dieses wohl abscheulichsten Reliktes und offensichtlichen Auswuchs des Straf- und Rachejustizgedankens durchaus auch nur vorübergehenden Charakter haben kann, beweist das Beispiel der USA. Im Jahre 1967 wurde dort die Todesstrafe über Erkenntnis des Obersten Gerichtshofes außer Kraft gesetzt. 11 Jahre später wurde die erste Todesstrafe nach diesem Erkenntnis wieder vollstreckt – zunächst eine, die im "Einverständnis" mit einem von ebensolanger Haft in der "Todeszelle" zermürbten Delinquenten geschah. Man wußte, worauf es hinauslaufen sollte: Am 25. Mai 1979 wurde die erste Hinrichtung gegen den Willen des betroffenen Delinquenten, des John Spenkelling, trotz internationaler Proteste vollzogen. In Amerika gibt es seither T-Shirts mit der Aufschrift: "132 sind noch übrig", mit der Abbildung eines elektrischen Stuhles. Amnesty International befürchtet noch weitere Hinrichtungen in diesem Jahr.

In ihrer Faschismusanalyse "Dialektik der Aufklärung" schreiben Adorno und Horkheimer, vor Ausschwitz beugen sich die Kategorien der politischen Ökonomie. Die Brutalität des Faschismus sei durch eine historisch-materiale Aufarbeitung nicht zu bewäl-

tigen. Sie haben damit ohne Zweifel ebenso recht, wie dieses auch für die Existenz der Todesstrafe gilt.

Initiativen und ihre Mißerfolge

Das US-amerikanische Beispiel ist das wohl erschreckendste für den Mißerfolg im Kampf gegen den auffälligsten Menschenrechtsverstoß im Strafvollzug. Wird von fortschrittlicher Seite schon lange im Kampf um die Menschenwürde, auf die Problematik lebenslanger Haft, ja die des Strafvollzugs in seiner jetzigen Form überhaupt hingewiesen, so hat das reaktionäre roll-back in den USA den realen Stand der Menschenrechtsdiskussion überhaupt ins Rampenlicht gerückt.

Frau Thatcher, jüngst gekürte Premierministerin Großbritanniens, hat gerade jüngst die Debatte über die Todesstrafe in England neu angeheizt. Die Labour-Regierung hatte dort die Todesstrafe ausgesetzt – ein eher bescheidenes Symbol angesichts der menschenrechtswidrigen Behandlung der nordirischen politischen Gefangenen. Frau Thatchers Elan läßt das Schlimmste befürchten.

Seit jeher ist die Todesstrafe in Frankreich umkämpft, jedoch angewandt. Ein einziger Präsident machte konsequent von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch – am Anfang des 20. Jahrhunderts. Unter jedem anderen Präsidenten wurden Gnadengesuche zurückgewiesen und Todesstrafen vollstreckt. Unter Valéry Giscard d'Estaing bisher acht. Erst einmal – Anfang der Zwanziger Jahre – kam die Debatte über die Abschaffung der Todesstrafe vors Parlament. Die Initiative wurde knapp verworfen, obwohl schon Robbespierre 1791 gegen die Todesstrafe aufgetreten war – um kurz darauf selbst guillotiniert zu werden. Die Gemeinsame Linke hat die Abschaffung der Todesstrafe in ihr Programm aufgenommen – 5 Jahre später und mehrere Niederlagen älter erreichte sie schließlich die Einberufung einer Landeskommision, die sich unter Vorsitz des gaullistischen Abgeordneten Claude Labbé mit überwältigender Mehrheit für die Abschaffung

rechtsstaat

ung der Todesstrafe aussprach. Am Tag der Veröffentlichung dieses Kommissionsergebnisses wurde unter dem Beifall des anwesenden Publikums und der Rechtspresse ein weiteres Todesurteil verhängt ... Den Empfehlungen der

Kommission droht ein ähnliches Schicksal wie den Dreyfußverteidigern im 19. Jahrhundert. Dreyfuß wurde damals – mit offensichtlich gefälschten Beweisen von einem unverhohlenen antisemitischen Gericht auf die Todesinsel in Verbannung geschickt. Nach mehr als 20jähriger Kampagne erreichten die Anhänger Dreyfuß' schließlich seine Rehabilitierung. Selten noch waren gesellschaftliche Verhältnisse und Kräftespiele an einem einzigen Menschen so nachweisbar geworden.

Über massive Interventionen der Regierung und des Präsidenten wird die Frage der Todesstrafe im Parlament zwar diskutiert, aber es wird zu keiner Gesetzesvorlage über die Abschaffung kommen – die Öffentlichkeit könnte die Abschaffung der Todesstrafe als Sieg der Linken deuten.

In allen Staaten des Warschauer Paktes wird die Todesstrafe verhängt und exekutiert. Anlässlich der Salt-Gespräche in Wien erinnerte Amnesty International auch an die jährlich etwa 30 Todesstrafen, die in der Sowjetunion vollstreckt werden und appellierte – einstweilen wohl noch vergeblich – an

Breschnew, von seinem Begnadigungsrecht uneingeschränkt Gebrauch zu machen.

Die Abschaffung der Todesstrafe – Eine Illusion?

Eine Initiative in diesem Zusammenhang sei noch erwähnt – die gemeinsame Initiative vom – seit der Stammheimaffäre eher nur beschränkt glaubwürdigen – Justizminister der BRD, Vogel, und des wohl uneingeschränkt glaubwürdigen österreichischen Amtskollegen Broda auf dessen Anregung. Als Vorstoß von Regierungsmitgliedern auf internationaler Ebene eine wohl richtungsweisende Geste – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die Problematik der Todesstrafe liegt freilich etwas tiefer – festgewurzelt, tiefeingewachsen und stets als Herrschaftstechnik mißbrauchter Komplex von Vorurteilen im Bewußtsein einer wie immer verstandenen Öffentlichkeit, der jederzeit aktualisiert werden kann.

Es mag zu denken geben, daß Verfechter der Todesstrafe allenfalls sehr vordergründig mit deren Effizienz operieren – stets wird mit ins Treffen geführt, daß eben Kapitalverbrecher ihrer "gerechten Strafe" zugeführt werden; im übrigen ist es zweifelsfrei nachgewiesen, daß die

Todesstrafe auf potentielle Straftäter keinerlei Einfluß hat. Abschreckung kann heute nicht mehr ins Treffen geführt werden.

In der Diskussion um die Todesstrafe spielt dieses Motiv eine untergeordnete Rolle.

So kehrt die Todesstrafendiskussion stets dann von seiten der Befürworter wieder, wenn sie Ablenkungscharakter haben soll – Ablenkung von Krisen aller Art, Ablenkung von Herrschaftstechniken, Ablenkung von gesellschaftsrelevanter Unzufriedenheit. Frau Thatcher ist ein gutes Beispiel dafür. In anderen Zusammenhängen sicherlich auch die Auswüchse in der islamischen Republik im Iran, wo deren Träger immer stärker sich zu neuen Machthabern gegen das Volk wandeln, das eine Revolution gegen die alten eingeleitet hat. Der Appell gegen den gemeinsamen Gegner von einst soll die über die Desillusionierung von heute hinweghelfen. Die todeswürdigen Gegner werden immer zahlreicher. Die ersten Linken wurden erst vor kurzem von "Revolutionskomitees" inhaftiert.

So gesehen stellt die Abschaffung der Todesstrafe sicherlich keinen Indikator für die revolutionäre Gesinnung einer Gesellschaft dar – eine von der Bevölkerung bewußt getragene Abschaffung aber sicherlich einen für deren Reife zu ebenso bewußt getragener gesellschaftlicher Veränderung. Robespierre, Geschichte und Verfall der Großen französischen Revolution 1789, sind dafür Zeugnis.

Ronny Pohoryles ■



Wahlen - Wirtschaft - KPI

Der überfragte Wähler gab die Antwort: sie ist keine. Wenn ratlose Politiker zu Wahlen Zuflucht nehmen wie zu einem Orakel, kann dabei nichts anderes herauskommen. Die DC hoffte auf eine deutliche Schwächung des PCI und setzte auf die eigene Stärkung im gleichen Ausmaß. Nun steht sie so gescheit da wie sie vorher war, gegen die KPI kann sie nicht regieren, mit ihr will sie nicht regieren, denn das hieße den "Historischen Kompromiß" akzeptieren – eine Zerreißprobe für die Gesamtpartei.

Die "Kleine Zeitung" vom 6.Juni erfaßte die Situation treffend mit dem Titel: "Vor Neuwahlen 1980". Aber Wahlen lösen die Probleme in Italien nicht, das haben diese Wahlen gezeigt. Der Terrorismus, dessen "Wahlkonzept" zugunsten der DC in wohl des letzten linken Scheins beraubt haben sollte, wird munter weitermachen, weil tatsächlich nur die KPI keinerlei Interesse an ihm haben kann. Auch die massenhafte Jugendarbeitslosigkeit und das Elend im Süden sind Sprengstoff. Wer weiß, ob nicht durch die Patt-Taktik der DC andere Gruppen, die man nicht sieht, das zustandebringen, was dem gut sichtbaren Terrorismus von "links" und dem "gewöhnlichen" Faschismus von rechts nicht zu gelingen scheint: Italien ins Chaos, in den Bürgerkrieg zu stürzen, um mit der in diesem Land wohl entwickeltesten Demokratie im Kapitalismus für eine Weile Schluß zu machen?

Umso größer die Verantwortung, die der KPI weiterhin zufällt. Die Kritik am bisherigen Parteikurs bei der letzten Tagung des Zentralkomitees (5./6.Juli) und die personellen Veränderungen im höchsten Führungsgremium der Partei sind taktische Konsequenzen, keine strategischen Weichenstellungen angesichts der unbestreitbaren Rückschläge für die KPI in letzter Zeit. Die aktuelle politische Umsetzung des eurokommunistischen Kurses, nicht der Eurokommunismus, wurde in Frage gestellt.

Der folgende Artikel befaßt sich mit den ökonomischen Erklärungsmustern der KPI-Krise und bietet damit auch eine gründliche Bestandsaufnahme der dringendsten Probleme des Landes.

Der widersprüchliche Aufschwung

Erinnern wir uns: 1975 war das Jahr weltweiter Rezession, der schwersten seit der Weltwirtschaftskrise 1929. Diese Krise führte auch in Italien zu einem schweren Einbruch: die industrielle Produktion ging um 9,2% zurück; das reale Bruttosozialprodukt (BSP) verminderte sich um 3,5% gegenüber dem Vorjahr. Als Andreotti nach den letzten Parlamentswahlen vom 20.Juni '76 durch die parlamentarische Enthaltung der KPI eine neue Regierung bilden konnte, war die Rezession jedoch längst überwunden. Die Wahlen hatten in einem Klima wirtschaftlichen Aufschwungs stattgefunden.

Dieser Aufschwung brachte ein stürmisches, für europäische Verhältnisse überdurchschnittliches Wachstum. Die industrielle Produktion stieg '76 um 11,6%, das BSP um 5,7%. Aber die Wiederbelebung hatte unter ungünstigen Voraussetzungen begonnen. Zum einen hatte sich die Inflationsrate während der Rezession nur unwesentlich verändert (1975: 17%), so daß der Aufschwung auf einem sehr hohen 'Inflationssockel'

begonnen wurde. Eine schlechte Ausgangslage, da die Preise erst in Boomphasen richtig in Bewegung kommen.

Zum anderen entwickelte sich der Aufschwung von einem starken außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht aus, d.h. in der Handels- und Leistungsbilanz klaffte ein erhebliches Loch. Auch dies stellte kein unwichtiges Problem dar, zumal strukturelle Zahlungsbilanzdefizite die Devisenreserven eines Landes aufzehren und die Auslandsschulden erhöhen. Dadurch können Situationen entstehen, wie wir sie heute beispielsweise in der Türkei erleben, wo der Einflußnahme ausländischer Gläubiger auf die nationale Wirtschaftspolitik Tür und Tor geöffnet ist.

Es ist daher keineswegs verwunderlich, daß die neugebildete Regierung Andreotti im Spätsommer 1976 – mitten im Aufschwung – einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik vornahm. Sie leitete eine Stabilisierungspolitik – auch Austeritätspolitik genannt – ein, deren wichtigste Ziele die Eindämmung der Inflation (1976 noch 16,8%) und die Verringerung des Zahlungsbilanzdefizits genannt wurden.

Die Mittel zur Erreichung dieser Ziele bestanden hauptsächlich im Abbau der Staatsschulden und in einer Begrenzung des 'Kostenauftriebs', wobei der Dämpfung der Lohnkosten eine besondere Bedeutung zukam. Dazu entfaltete die Regierung eine breite Einflußnahme auf die Gewerkschaften zur Mäßigung bei Lohnforderungen und zur Steigerung der betrieblichen Produktivität. Die "gleitende Lohnskala" wurde für höhere Einkommensklassen aufgehoben. Im Endeffekt lief das Stabilisierungsprogramm auf eine Senkung der Massenkaufkraft hinaus, während sich die Akkumulationsbedingungen des Kapitals verbesserten.

Die stabilitätspolitischen Bemühungen der Regierung, die auf der Unterstützung durch die KPI basierten, waren in gewisser Weise erfolgreich: Die Inflationsrate, die 1977 noch auf 18,4% anstieg, konnte 1978 auf ca. 12% gesenkt werden. Der Außenwert der Lira wurde stabilisiert. Handels- und Leistungsbilanz, 1976 noch tief in den roten Zahlen, wurde 1977/78 deutlich positiv. Dies führte dazu, daß die Auslandsverschuldung nicht weiter anstieg, sondern zuvor aufgenommene Kredite

– z.B. bei der Deutschen Bundesbank – sogar vorzeitig zurückgezahlt werden konnten.

Alles in allem entstand so das Bild einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung in Italien. Endlich verlief in diesem chaotischen Land mal wieder etwas in geordneten Bahnen. Die Stabilisierungsziele wurden erreicht. Andreotti wurde zum Macher Italiens. Die bundesdeutsche Presse war voll des Lobes. Was Wunder.

Aber diese rosige Wirtschaftsentwicklung hatte eine häßliche Kehrseite. Über die Stabilisierungserfolge geriet die Verschärfung der Massenarbeitslosigkeit etwas aus dem Blickwinkel. Denn eine Stabilisierungspolitik wird nicht durchgeführt, um den Aufschwung zu beleben und die Beschäftigung auszuweiten, sondern um "unerwünschte Phänomene" des Aufschwungs selbst wie Preisaufrtrieb und Außenhandelsungleichgewicht zu bekämpfen. Stabilitätspolitische Maßnahmen wirken immer restriktiv, d.h. sie bremsen den Aufschwung und verschärfen die Beschäftigungssituation. Genau diese Wirkung hatte auch das 76er Austeritätsprogramm.

Denn wie entwickelte sich die Beschäftigungssituation? Die offizielle Arbeitslosenzahlen weist folgende Zahlen aus: 1977 suchten in Italien 1,545 Mill. Personen eine Beschäftigung; die Arbeitslosenrate lag bei 7,2%. Diese Zahl alleine sagt noch nicht viel aus. Wichtig ist die Struktur der Arbeitslosigkeit: Von einer Gesamtzahl 1,545 Mill. waren nur 211.000 Personen oder 14% schon einmal vorher beschäftigt, sie sind also entlassen worden.



641.000 Personen oder 42,4% aller Arbeitslosen erklärten, eine Arbeit annehmen zu wollen, aufgrund der schlechten Arbeitsmarktverhältnisse aber gar nicht mehr aktiv zu suchen. Noch mehr, nämlich 693.000 Personen oder 43,6% der Gesamtarbeitslosen suchten zum ersten Mal eine Anstellung. Diejenigen, die sich zum ersten Mal auf dem Arbeitsmarkt präsentierten, stellten also die größte Untergruppe dar.

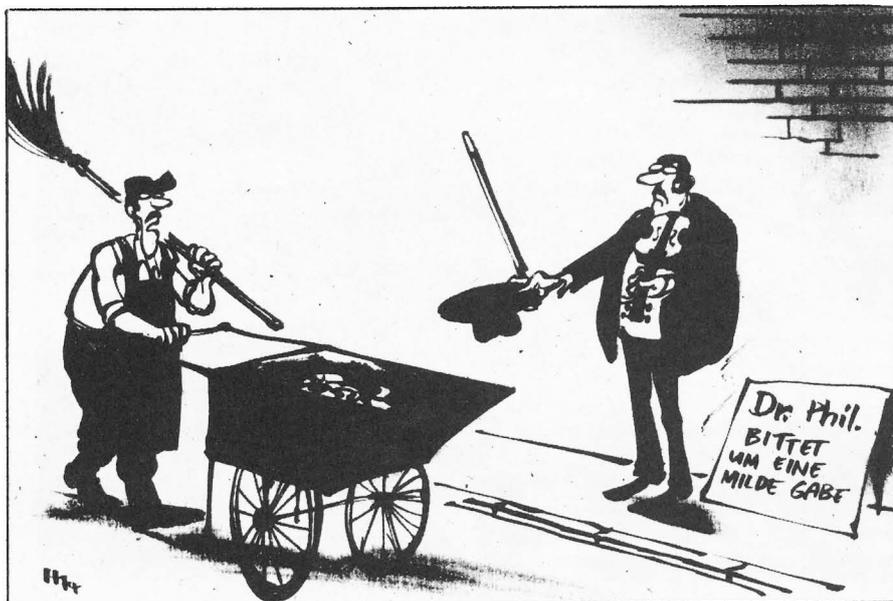
Diese Situation wird durch eine andere Aufgliederung akzentuiert: Von den genannten 1,545 Mill. Beschäftigung suchenden Personen waren 73,2% oder 1,141 Mill. Jugendliche im Alter zwischen 14 und 29 Jahren. Alleine 428.000 jugendliche Akademiker suchten '77 in Italien nach einem Job. Da

sich dieser Trend '78 noch ausprägte, kann man sagen, daß die italienische Arbeitslosigkeit zu 75% eine Jugendarbeitslosigkeit ist.

Betrachten wir einige spezielle Arbeitslosenquoten. Lag die nationale Gesamtarbeitslosenquote 1977 bei 7,2%, so lag die für Männer bei 4,6%, für Frauen bei 12,5%, für Jugendliche bei 17,3% und für jugendliche Akademiker bei 28,1%. Nach der räumlichen Struktur aufgegliedert ergeben sich folgende Quoten: im Norden betrug die Arbeitslosigkeit 5%, in Mittelitalien 7,7% und im Süden 10%. Ergebnis: die Arbeitslosigkeit konzentriert sich auf Jugendliche, die vorwiegend im Süden leben und oft eine akademische Ausbildung haben. Frauen sind besonders betroffen.

Soweit die offiziellen Zahlen. Daß sie auf die tatsächliche Situation lediglich hindeuten, ist bekannt. Die Dunkelziffer ist höher. Allein die Anzahl der Jugendlichen, die beschäftigungslos sind, dürfte in Wirklichkeit über der 2-Millionen-Marke liegen. Welche sozialen Aus- und Rückwirkungen dies auf die Universitäten hat, kann man sich leicht vorstellen, die Jugendlichen sind die Opfer des Aufschwungs. Sie fühlen sich nicht nur ausgeschlossen und an den Rand gedrängt, sondern sind es tatsächlich.

Faßt man die wirtschaftliche Entwicklung nach der 75er Krise zusammen, so kommt man zu dem Ergebnis eines widersprüchlichen Aufschwungs: er ist positiv auf der Stabilisierungsseite und negativ auf der Einkommens- und Beschäftigungsseite. Stabilitätspolitische Maßnahmen waren erfolgreich, beschäftigungspolitische wurden kaum unternommen. Es handelte sich gleichsam um eine Entkopplung von Konjunkturentwicklung und Beschäftigungssituation. Die Verbesserung der ökonomischen Lage wurde durch eine Verschärfung der sozialen Lage bestimmter Bevölkerungsschichten erkauft.



„Bedaure, bin selber Akademiker“

Die Versteinerung des Kräfteverhältnisses

Um auf die Ausgangsfragestellung zurückzukommen: welche wirtschaftlichen Entwicklungen trugen dazu bei, daß die DC in den Jahren 1976 bis '78 so erfolgreich war und ihre Machtposition stärkte, während die KPI relativ erfolglos blieb?

Der Schlüssel zur Beantwortung dieser Frage liegt im Verhältnis der KPI zur Austeritätspolitik und in den widersprüchlichen Ergebnissen, die diese Politik gehabt hat. Die KPI hat die stabilitätspolitischen *Ziele* der Regierung – wie bereits erwähnt – zunächst mitgetragen, und zwar aus drei guten Gründen:

1. Durch eine wuchernde Inflation werden die am wenigsten geschützten Bevölkerungsschichten am meisten ausgeplündert; die Inflation ist daher zu stoppen.

2. Zahlungsbilanzunterschiede und Auslandsverschuldung ebnen der imperialistischen Einflußnahme den Weg. Nationale Unabhängigkeit ist die erste Voraussetzung jeglicher Veränderungsstrategie.

3. Die durch die Sparpolitik freiwerdenden Mittel sollten für neue Investitionen und für eine Ausweitung der Beschäftigung verwendet werden.

Die *Mittel* der regierungsoffiziellen Austeritätspolitik unterstützte die KPI schon halbherziger, war sie doch gezwungen, sich jetzt zwischen alle Stühle zu setzen: gegenüber den Gewerkschaften und ihrer eigenen Basis mußte sie die Notwendigkeit von Opfern und Einkommensverlusten durchsetzen; gegenüber Regierung, DC, Internationalem Währungsfonds und nationalem Kapital mußte sie verhindern, daß diese noch größere Angriffe auf den Lebensstandard der Bevölkerung und noch schwerwiegendere Einbrüche in die gewerkschaftlichen Errungenschaften erreichen konnten. Sie war gezwungen, einen Zweifrontenkrieg gegen einen äußeren Feind und gegen ihre eigene kommunistische Seele zu führen. Ihrer Ansicht nach sollte auch die Arbeiterklasse die Last der strukturellen Krise tragen, aber nicht allein, sondern nur in einem 'gerechten Ausmaß'. Vor allen Dingen aber wollte sie in ihrem Konzept der "alternativen Austeritätspolitik" das Stabilitätsziel eng mit dem Wachstumsziel verbinden und über eine Erweiterung der produktiven Basis die Arbeitslosigkeit eindämmen.

Die *Realisierung* der Austeritätspolitik entsprach jedoch mehr den Vorstellungen der DC. Die KPI konnte sich gegen die "Arroganz der Macht" politisch

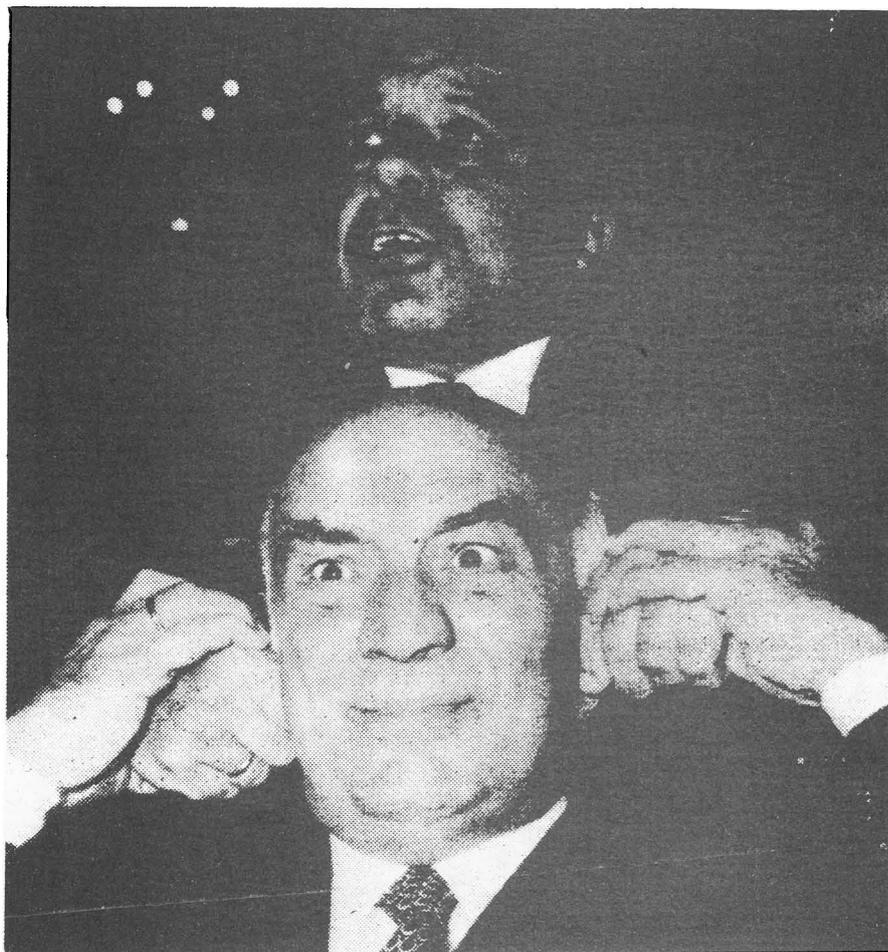
nicht durchsetzen und kündigte deshalb Ende '78 ihre Unterstützung für Andreotti auf. Die Krisenlasten wurden doch 'ungerecht' verteilt. Die Arbeitslosigkeit verminderte sich nicht, sondern wuchs.

So hat die KPI im Resultat zwar dabei geholfen, die regierungsoffizielle Version der Austeritätspolitik durchzusetzen, indem sie sie entschärfte, aber ihr eigentliches Ziel nach einer Beschäftigungsausweitung blieb auf der Strecke. Für die DC hingegen blieb nichts auf der Strecke. Sie hat schon immer betont, daß zuerst die Grundfragen von Lohn und Profit geregelt werden müssen und dann – später vielleicht – auch die Beschäftigung ausweiten kann. Ihrer sozialen Basis wurden verhältnismäßig geringe Opfer aufgebürdet. Die DC hat über ihre Erfolge ihrer Stabilisierungspolitik breiten Konsens eingeheimst und ihre Machtposition gestärkt. Sie kann Arbeitslosigkeit über ihr Klientelsystem sogar wieder in politische Macht verwandeln. Darum war sie erfolgreich.

Die gleiche Situation bedeutet für die KPI jedoch Mißerfolg. Denn trotz der

von der KPI verteidigten Opferstrategie wurde weder die Beschäftigungskrise überwunden, noch die strukturellen Probleme der italienischen Ökonomie gelöst, allem voran die Industrialisierung des Südens, wo sich heute – wie wir gesehen haben – das Hauptgewicht der Arbeitslosigkeit ballt. Die Opferstrategie hatte vielmehr eine zersetzende Wirkung auf ihre eigene soziale Basis und potentiell verbündete Schichten: Die KPI hat sowohl die organisierte Arbeiterbewegung gebremst, ihr Einkommensrückgänge aufgedrängt, und den Gewerkschaften die Kampfperspektive genommen, was zu einer verbreiteten Verwirrung und Entpolitisierung führte, als auch die jugendlichen Massen des Südens und der Universitäten in der ökonomischen Perspektivlosigkeit und im wirtschaftlichen Elend belassen. So muß es sich jedenfalls für die Betroffenen darstellen, die sich von der wachsenden Kraft der Partei etwas ganz anderes versprochen. Die Opfergroschen sind in die Taschen der 'padroni' verschwunden und kommen nicht wieder heraus. Und die KPI hat es so gewollt . . .

Thomas Bieling ■



Wahlkampf in Italien: Ein calabresischer DC-Aktivist zieht seinem Senatspräsidenten die Ohren lang – wegen Aufweichungstendenzen vor dem „kommunistischen Feind“.

Zum Papst-Besuch in Polen

Kaum je zuvor hat die Welt des "realen Sozialismus" ein Spektakel dieser Größenordnung und solcher politischer Brisanz in ihrer Mitte erdulden müssen wie den Papstbesuch in Polen. Ja, für Polen scheint fast zu gelten, daß es dort eher einen kommunistisch regierten Staat in einem katholisch beherrschten Land gibt als eine katholische Kirche in einem kommunistischen Staat.

Für Linke, die davon überzeugt sind, daß die Religion nicht einfach und immer Opium für's Volk ist, sondern, wie in Lateinamerika, auch durchaus sozialrevolutionäre Züge tragen kann, war schlimmer als die gelassene Demonstration des ungeheuren Einflusses der Kirche in Polen die Reaktion darauf im Westen. An diese Adresse richtet sich die Frage: warum muß ein Papst in Europa außerhalb Italiens in ein kommunistisches Land fahren, um solche Massenbegeisterungen auszulösen? Warum wird Religion – neben anderen Wertvorstellungen (auch im Kapitalismus mit zunehmenden Lebensstandard und Konsumangebot "Nebensache", ja "Altweiberkram"? Diese Frage zu stellen, haben sich die manchmal schon hysterischen Kommentatoren im Westen wohl gehütet.

Wiederum für die Linke, die mit Recht bisher schon der Meinung war, daß Religion im Sozialismus nicht ausgemerzt werden kann und darf, sondern von selbst absterben wird, stellt sich zudem erneut die Frage nach den Verhältnissen in einem Land des "realen Sozialismus", wo nach 30 Jahren "sozialistischen Aufbaus" statt des Absterbens wahrhaftig von einem triumphalen Aufleben der Religion gesprochen werden muß. Dies trifft auf Polen aus verschiedenen Gründen sicherlich mehr zu als woanders, aber festzustellen sind solche Tendenzen auch anderswo, sogar in der Sowjetunion.

Wir halten die nüchternen Bemerkungen Helmut Gollwitzers, eine progressiven evangelischen Christen aus West-Berlin, wenn auch nicht für ausreichend so doch nützlich, um einige Antworten auf die zahlreichen mit dem Papstbesuch in Polen aufgetauchten Fragen zu finden.

Das folgende, stark gekürzte Interview mit dem Westberliner Theologen führte Emma Fattorini und es erschien in "il manifesto" vom 7.6.1979.

Was sind ihre ersten Eindrücke zur Reise des Papstes?

Ein bedeutender Exponent der evangelischen Kirche, hat, aus Rom zurückkehrend, mich gestern abend angerufen und mir erzählt, ein hoher Vertreter der Kurie habe ein Gespräch sehr besorgt mit folgenden Worten abgeschlossen: „Wenn sie nach Deutschland zurückkehren, beten sie, daß das

polnische Volk beim Empfang des Papstes nicht "übertreibt".

Das polnische Volk wird von einer kommunistischen Partei regiert, die ebenso steril und repressiv ist wie der ganze Osten, aber es wird hegemonialisiert von einem katholischen Geist, der, verglichen mit anderen katholischen Ländern, außergewöhnlich einflußreich ist. Die Reise wird letzten Endes diesen Einfluß verstärken und den jetzt schon sehr instabilen Konsens mit dem Regime schwächen. Das weiß natürlich die Parteiführung, die sich jetzt dem Papst gegenüber so gastfreundlich gibt, ebenso gut wie der Papst, der ein viel zu geschickter Politiker ist, um nicht bei dieser ungeheuren Kraftprobe sehr vorsichtig zu sein. Ich glaube, beide müssen äußerst vorsichtig sein.

Sicher, aber das Problem ist doch, wie weit kann der Papst eine so wichtige Kraftprobe umgehen, ohne bestimmte katholische Erwartungen zu enttäuschen. Außerdem, was erwartet er als Gegenleistung?

Die Kirche wird fordern, was sie in ihren Kämpfen immer gefordert hat: Presse-

freiheit, Erleichterungen der Lehre in Kirchen und Schulen, Verteidigung der Bürgerrechte usw. Ich kenne den polnischen Katholizismus nicht genügend, obwohl ich viele Freunde in Polen habe, aber ich kenne die italienische, französische und spanische Situation. Die Formen der katholischen Organisation und der theologische Geist selber sind in Polen stark konservativ. Wenn sich das polnische Modell des Katholizismus ausgebreitet hätte, hätte es bestimmt kein Zweites Vatikanisches Konzil gegeben. Das kam aufgrund der Erneuerung in den westlichen und lateinamerikanischen Kirchen zustande.

Aber der polnische Katholizismus läßt sich nicht auf den konservativen Geist und den Marienkult reduzieren. Er mußte sich der Herausforderung des Marxismus konfrontieren. Wir brauchen hier nur an Autoren wie Kolakowsky und Schaff zu denken, mit denen Wojtyla sich ja auseinandergesetzt hat.

Gewiß, aber auch zu dem Thema des Menschen gibt es doch keine wichtigen Äußerungen wie z.B. in Frankreich. Auch wenn wir an die Theologische Fakultät in Lublin denken, die ein großes Geisteszentrum ist, so sehen wir, daß die



Bibelforschung, die bei uns sehr weit fortgeschritten ist, dort fast fehlt.

Was könnten die Konsequenzen dieser Reise sein. Nicht in Bezug auf die innere Situation Polens, sondern auch, was die allgemeinen Beziehungen zwischen Vatikan und den Ländern des Ostens angeht?

Über die unmittelbaren Reaktionen hinaus, ist, meines Erachtens, die wirkliche Frage eine langfristige: Ich denke da an die Möglichkeit der Autonomie der russischen Satellitenstaaten, so daß nicht jede Massenbewegung in einem der Warschauer Pakt-Staaten in eine Katastrophe wie in Ungarn oder der Tschechoslowakei münden muß. Hier stellt sich die für die Christen in Polen und für die polnische Kirche, die die mächtigste im sozialistischen Block ist, (ich fantasiere hier und überlege mir hypothetische politische Konstellationen) interessantere Frage: wenn die Katholiken eines Tages in Polen die Macht ergriffen, welches Gesellschaftssystem würden sie wählen? An diesem Punkt gäbe es nur zwei Alternativen: Einen verbesserten, humaneren und toleranteren Kommunismus (und das ist bestimmt nicht leicht bei der Abhängigkeit von der Sowjetunion. Er würde bestimmt auf Schwierigkeiten stoßen, wie all die Kommunisten, die den derzeitigen "Sozialismus" verbessern wollten), oder aber die Rückkehr zum kapitalistischen System; aber man darf dabei nicht vergessen, daß das polnische Volk, zwar gegen das Regime opponiert und die westlichen Freiheiten fordert, aber doch sicher keine Lust hat, den Kapitalismus wieder einzuführen.

Die Kirche muß sich, angesichts der enormen Kraft, über die sie verfügt, fragen, was sie machen würde, wenn sie "an die Macht" käme.

Die Oppositionsbewegungen fanden in der polnischen Kirche immer Unterstützung. Sie könnte heute mehr als je, dank ihrer wachsenden Macht, ein "legitimer" Kanal der Opposition sein. Die jüngsten Erklärungen der Arbeiterkomitees gehen in diese Richtung.

Ich kenne die Oppositionsbewegungen nicht gut, aber ich glaube die grundlegende Frage der polnischen Kirche ist die Toleranz, es ist die gleiche Frage, die sie selber dem Regime stellt. Ich möchte meine futuristischen Überlegung noch etwas weitertreiben: nehmen wir z. B. die kleinen protestantischen Gemeinden in Polen. Nach allen historischen Erfahrungen würden die protestantischen Minderheiten, wenn sie zwischen Kommunisten und Katholiken wählen könnten, die Kommunisten bevorzugen. Die Kirche hat keine Erfahrung mit der Toleranz. Sie müßte erst lernen sie zu praktizieren und nicht nur zu fordern. ■

linke revue

aus "focus", Nr. 109, Juli/August 1979

Der Durchschnittsschweizer denkt pro-zionistisch, der Durchschnittslinker anti-zionistisch. Diese Schablone stellt der Autor des folgenden Artikels in Frage. Er ist ein 25-jähriger, jüdischer Medizinstudent aus Zürich und verbrachte 73/74 und 77/78 je ein Jahr in Jerusalem, wo er in einer Drogenklinik arbeitete. Dort kam er in Kontakt zum linken Kuchen und erlebte dabei, wie schwer es ist, in Israel links zu sein.

Das Elend der israelischen Linken

Die alten Ängste

Anfangs 1974 konnte eine Katjuscha-Rakete gerade vor ihrem Abschuss von israelischen Sicherheitsbeamten entschert werden. Sie war auf die Strasse gerichtet, an der ich damals wohnte. Die Angst, die Wut und die Verwirrung von damals sind mir immer wieder hochgekommen; wenn in der Cafeteria der Uni eine Bombe hochgegangen ist, wenn Kinder in der Schule von Maalot umgekommen sind, wenn ganze Familien auf einem Ausflug ausgelöscht worden sind.

Dieser Angst sollte man etwas nachgehen. Die meisten Linken, so sie nicht von russischen Pionierfamilien stammen, gehören wie ich dem europäischen Mittelstand an: Studenten und Akademiker, deren Eltern nach dem Krieg von Europa nach Israel kamen, viele davon aus den Lagern der SS. Angst vor der Ausrottung ist da Familienthema, überlieferte Tradition. Die Welt ist immer schon etwas Bedrohendes, Gefährliches, dem man ausgeliefert ist. In jedem Konflikt, in jeder Bedrohung, nach jeder palästinensischen Aktion werden die alten Ängste, die Gefühle von völliger Verlassenheit und Ohnmacht, die von den Eltern auf die Kinder übertragen wurden, reaktiviert.

Wenn Arafat vor der UNO-Vollversammlung spricht, bedeutet ihnen das sofort, die Welt hat sich wieder zur Ausrottung der Juden zusammengeslossen. Diese Ängste, wie real sie auch sein mögen, verunmöglichen jedes politische Denken und Handeln. Um diesen Ohnmachtsgefühlen zu entgehen, gibt es auch für den Linken, jenseits seiner politischen Überzeugung, nur die totale Verteidigung: Den Feind schlagen, wo man kann. Statt fortschrittliche Kräfte zu vereinigen, treiben die Anschläge der PLO die israelische Linke in die Arme der

Reaktion, die jahrzehntelang mit diesen Ängsten operiert hat, um eine politische Lösung des Konfliktes zu verhindern. Links sein, sagen die Rechten, bedeutet für die Ausrottung des jüdischen Volkes sein. Die israelischen Linken seien Selbstmörder, Volksfeinde, die an ihrem eigenen Untergang arbeiten. Die PLO will laut ihrer Charta allen Juden, die nach 1917 ins Land gekommen sind, und deren Kinder deportieren. Und die Linke in der ganzen Welt unterstützt diese Charta vorbehaltlos. Wie, so wurden wir gefragt, könnt ihr mit solchen Leuten zusammenarbeiten? Und weiter heisst es von rechts: Auch die Juden Deutschlands hätten nicht geglaubt, Hitler mache wahr, was er in «Mein Kampf» angekündigt hatte. Die Geschichte wiederhole sich.

Und so kalt können einen diese Argumente nicht lassen. Die alten Ängste steigen hoch, und man könnte sich fragen, ob nicht auch die PLO mit solchen Ängsten zu rechnen lernen muss, im Interesse einer praktikablen Lösung.

Schuldgefühle

Das andere Elend der israelischen Linken sind die beständigen Schuldgefühle. Nach jahrhundertelanger Unterdrückung, nach der Apokalypse des Holocaust, finden sie sich plötzlich auf der Seite der Unterdrückter wieder.

Moshe war ein Psychologe an der Jerusalemer Drogenklinik, wo ich ihn kennenlernte. Er war Anarchist und Offizier der Militärpolizei. Als die israelische Armee anfangs 1978 im Libanon einmarschierte, wurde auch er einberufen. Nach einigen Wochen kam er zurück und berichtete, wie libanesischen Dörfer zerstört

wurden, wie Einwohner vertrieben und ihre Häuser in die Luft gesprengt wurden. Und er, das Kind rumänischer Flüchtlinge, stand auf der anderen Seite, als Offizier der Besatzungsarmee.

Es ging ihm um mehr, als um ein politisches Problem, es war ein Stück Auflösung seiner Identität. Er, wie auch viele andere, die ich traf, sind gerade aus der Erfahrung der Unterdrückung heraus Linke geworden, aus dem Wissen, was es heisst, das Dach über dem Kopf zu verlieren. Und nun sprengen sie Häuser in die Luft, weil die Bewohner mit der PLO zusammengearbeitet haben. Sie wurden Linke, weil ihre Eltern bei Nacht und Nebel über die Grenze fliehen mussten. Und nun stellen sie des Nachts einen PLO-Arzt über die Grenze, weil er für das Amt eines Bürgermeisters kandidiert hatte.

Jossi hatte im Jom-Kippur-Krieg 1973 zeitweise die gesamte Artillerie entlang des Suezkanals befehligt. Als er befürchten musste, in den Libanon eingezogen zu werden, verfiel er einer schweren Depression. Er wusste nicht, ob er das Land verlassen oder den Dienst verweigern sollte. Er, dessen Eltern den Einmarsch der Deutschen in Polen miterlebt hatten, konnte doch nicht an diesem (po-

litisch unsinnigen) Einmarsch teilnehmen.

Chagai, dessen Eltern aus Deutschland eingewandert waren, ging diesem Dilemma aus dem Weg, in dem er sich von Anfang an geweigert hatte, in besetzten Gebieten Dienst zu tun, was ihm gewährt wurde.

Es ist nicht nur der Verrat an der eigenen Familiengeschichte, der sie in ihrer Identität trifft, es ist auch der Verrat an der ganzen linken Tradition des Landes. Wesentliche Aufbauarbeit in Israel wurde von Arbeitern geleistet, die anfangs dieses Jahrhunderts von den westlichen Gebieten Russlands und von Polen in das damalige Palästina ausgewandert waren. Viele dieser Arbeiter waren früher Mitglieder des antizionistischen «Bundes», der jüdischen sozialdemokratischen Partei Russlands gewesen. Doch sie begannen zu sehen, dass eine Lösung der jüdischen Frage innerhalb Russlands nicht möglich war. Zu sehr waren die jüdischen Arbeiter von der allgemeinen Industrialisierung ausgeschlossen. Sowohl Fabrikbesitzer als auch christliche Arbeiter verhinderten ihre Anstellung in grossen Industriebetrieben. Die einen, weil sie die revolutionäre Tätigkeit der Juden fürch-

teten. Die anderen, weil sie um ihre Arbeitsplätze fürchteten.

Ein Teil der Arbeiter begann nach einer radikalen Lösung zu suchen: Erst wenn sie richtig proletarisiert sind, schrieb ihr Theoretiker Ber Borochof, könnten sie am Klassenkampf teilnehmen. Da ihnen aber in Russland die Proletarisierung verwehrt bleibt, müssten sie eine eigene Gesellschaft, mit eigenem, echten Proletariat aufbauen.

Mit dieser Vorstellung begannen sie eine Gesellschaft in Palästina aufzubauen. Sie waren gekommen, weil sie glaubten, am Aufbau einer gerechten Gesellschaft teilnehmen zu können. Und nun war daraus eine Besatzungsmacht geworden. Die Fragestellungen, die dieser russisch-jüdischen Arbeitertradition entspringen, beherrschen die heutige israelische Linke, auch die Gruppen der Neuen Linken, noch viel stärker als die westlichen, europäischen Einflüsse. Fragen der Übertechnisierung der Welt, das Ende der Ressourcen, die Grosse Weigerung, die uns hier im Gefolge vom Mai 1968 und der Frankfurter Schule beschäftigt haben, werden in Israel nur in ausgesprochen elitären Kreisen diskutiert. AKW ist noch kein Politikum. ge-



Bis zu 100 000 Demonstranten konnte die Peace-Now-Bewegung mobilisieren.

nausowenig wie Umweltschutz und entfremdete Arbeit.

Hingegen die Beziehung zur arabischen Bevölkerung und zur Besetzung fremder Gebiete, letzten Endes die Fortsetzung der Problematik der Proletarisierung, sind brennend aktuell.

Keine Linke, ausser vielleicht der deutschen, hat ein dermassen verkrampftes Verhältnis zum eigenen Staat. Von Schuldgefühlen geplagt, wird selbstzerfleischend über das Existenzrecht des Staates Israel diskutiert. Kein italienischer Kommunist würde aus der Erkenntnis der Ausbeutung von süditalienischen Arbeitern in Norditalien den Schluss ziehen, dass er kein Recht habe, in Italien zu leben, dass er möglicherweise sein Land aus ideologischen Gründen verlassen müsse, ja, das er vielleicht gar kein Italiener ist. Doch für den israelischen Linken stellt die Unterdrückung der Palästinenser die eigene Identität in Frage. Zionistisch sein oder nicht, als Ausdruck der Beziehung zu diesem Staat, wird zur Gretchenfrage, an der *alleine* sich die linken Gruppen scheiden. Sie definieren sich als antizionistisch, wie der MAZPEN, ein Konglomerat von Spontis, Trotzlisten und Maoisten, oder wie die RAKACH, die moskautreuen Kommunisten, die geleitet von jüdischen Altstalinisten, fast ausschliesslich von arabischen Nationalisten gewählt werden. Oder sie nennen sich azionistisch, wie die Israelischen Linkssozialisten (SCHASI) oder aber zionistisch, wie die SCHELI, ein Zusammenschluss der marxistischen MOKED mit einigen linksliberalen Gruppen. Dabei hat natürlich jede dieser Gruppen eine eigene Definition, was Zionismus ist. Diese reicht vom Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes bis zum Brückenkopf des amerikanischen Imperialismus im Nahen Osten.

Substantielle gesellschaftliche Probleme verschwinden vollkommen hinter der Klärung dieser Definitionsfragen. Es hat lange gedauert, bis ich verstanden habe, dass sie wirklich von erstrangiger Bedeutung sind, aber weniger auf politischer als auf psychologischer Ebene: Es ist die Frage nach der eigenen Schuld, nach dem Verrat an den Verfolgten der eigenen Familie, es ist letzten Endes das Gefühl, mit den eigenen Verfolgern identifiziert zu sein. So werden aussenpolitische Auseinandersetzungen, für oder gegen einen binationalen Staat, für oder gegen Camp David, für oder gegen die Rückgabe Jerusalems, bestimmend für den Ort auf dem politischen Spektrum. Es kann dann geschehen, dass ehrliche Linke auf die Strasse gehen und dem alten Nazi Sadat, dem alten Faschisten Begin und dem Südstaatler Carter mit Fähnchen zuwinken, um sie gegen rechte Tendenzen in Israel zu stärken. Ein linkes Elend.

30 Jahre sozialdemokratisches Israel

Für diese gesellschaftspolitische Abstinenz gibt es allerdings noch andere Gründe: 30 Jahre hat die Sozialdemokratie das Land beherrscht und eine sehr weitgehende soziale Gesetzgebung verwirklicht. Israel kennt einen Mieterschutz, wie wir ihn uns nur wünschen könnten. Der Schutz des Arbeitsplatzes ist gewährleistet, die soziale Medizin ausgebaut, die mächtige Gewerkschaft Eigner von etwa 25 Prozent der einheimischen Industrie. All dies hat sich aber, weil Israel eben doch ein kapitalistischer Staat geblieben ist, gegen die arbeitende Bevölkerung gewendet. Wohnungen werden nicht mehr vermietet, sondern nur noch verkauft, um den Mieterschutz zu umgehen. Eine Dreizimmerwohnung kostet heute in Jerusalem weit über eine Million Pfund, bei einem Durchschnittseinkommen von etwa 5'000 israelische £ monatlich. Wie es jemand schafft, eine Wohnung zu kaufen, ist mir auch nach zwei Jahren Israel Aufenthalt nicht klar geworden. Um den Kündigungsschutz zu umgehen, feuern viele Arbeitgeber, zum Teil auch staatliche Stellen, ihre Mitarbeiter nach zehn Monaten wieder. Wer medizinisch nicht privat versorgt ist, begegnet in einer staatlichen Medizinischen Poliklinik einem unvorstellbaren Chaos: Tagelange Wartezeiten, schlecht ausgebildete und gleichgültige Ärzte, bürokratische Irrfahrten sind das Schicksal jedes staatlich versicherten Kranken. Die Gewerkschaften haben sich zu einem Unternehmen gewandelt, welches genauso im Sinne des Profits wirtschaftet, wie die Privatindustrie.

Schuld an all diesen Missständen ist in den Augen vieler Arbeiter der 'Sozialismus', wie er ihnen vorgezeigt wurde. Gerade unter den Arbeitern wird deshalb immer lauter die Rückkehr zur freien Marktwirtschaft gefordert. Es waren die Arbeiter, die am 17. Mai 1977 Begin an die Macht gebracht hatten, und es war durchaus in ihrem Sinn, als er den Frühkapitalisten Milton Friedman zum Wirtschaftsberater der neuen Regierung ernannte.

Die Arbeiter sind nicht mehr die russischen Revolutionäre von einst, sondern meist Juden orientalischer Herkunft und Araber. Da sie sich ohnehin – zu Recht – von den europäischen Juden ausgebeutet und bevormundet fühlen, wollen sie sich auch von den Linken, die meist dem europäischen Mittelstand entstammen, nicht den Sozialismus verkaufen lassen.

Um da nicht völlig ins Abseits zu geraten, weicht die Linke vom MAZPEN bis zur Sozialdemokratie auf aussenpolitische Themen aus.

Die Isolation der Linken

In den sechziger Jahren hat der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), dem Rudi Dutschke und all die anderen angehörten, in München ein Fest für Israel veranstaltet. Inzwischen ist alte Liebe gerostet; man veranstaltet wieder Feste, jetzt aber Palästinafeste und Israel dient mittlerweile als Hauptbuhmann.

Die israelische Linke ist das Opfer dieser Entfremdung, hin-und-hergerissen zwischen zwei verfeindeten Vätern. Ihre Existenz wird vom Grossteil der europäischen Linken einfach geleugnet, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Es passt wohl kaum ins Bild eines faschistischen Regimes, dass eine ganze Anzahl Dozenten der mathematischen Fakultät der Universität Jerusalem einer trotzkistischen Gruppe angehören. Einer hat aus Solidarität mit der palästinensischen Sache sogar einen arabischen Namen angenommen, ohne sich vor einem Berufsverbot fürchten zu müssen, denn das gibt es nicht in Israel. Auch lässt sich ein schwarz-weiss Bild schlecht aufrecht erhalten, wenn man hören müsste, dass der Bürgermeister von Nazareth Kommunist ist und sich offen zur PLO bekennt. Oder dass der ehemalige Chef des israelischen Geheimdienstes, Harkabi, für die Schaffung eines palästinensischen Staates eintritt. Oder dass ein marxistischer Parlamentsabgeordneter, Meir Pail, früher Leiter der Schule für Strategische Ausbildung und Oberst im Generalstab war. Der Verzicht, die Wirklichkeit so zu sehen, wie sie ist, scheint ein altes linkes Übel zu sein. Noch vor wenigen Tagen hat ein führendes Mitglied der PdA kategorisch behauptet, es gäbe keine israelische Linke.

Erst wenn ein Israeli dieses schwarz-weiss Bild übernimmt, wenn er mitbuht, wird er von der westlichen Linken zur Kenntnis genommen, unbedacht seiner Bedeutung im israelischen Lager.

Felicia Langer, verdiente trotzkistische Anwältin vieler palästinensischer Angeklagter, aber wenig differenziert in ihren politischen Analysen, ist in der Schweiz wahrscheinlich die bekannteste Figur der israelischen Linken. Oder zum Beispiel Israel Schachak, Vorsitzender der israelischen Liga für Menschenrechte, dessen Behauptungen zumeist von eher psychopathologischem als von politischem Interesse sind. Neben haufenweise falschen Zitaten, gab er einmal den genauen Standort eines angeblichen israelischen Konzentrationslagers an. Ein Freund fuhr hin, um sich dies anzuschauen: Es war dort Wüste, nichts als Wüste...

(Übrigens, sowohl Felicia Langer als Advokatin, als auch Israel Schachak als Chemieprofessor, üben ihre Berufe ungehindert weiter aus.)

Solche Nebenfiguren der Szene werden zur Kenntnis genommen. Aber die Bewegung Peace Now, die hunderttausend Leute auf die Strasse gebracht hat, konnte vergebens auf Unterstützung des progressiven Auslands warten.

1977 schrieben Maturanten des Tel-Aviver Villenvorortes Kfar Schmarjahu einen offenen Brief an Ministerpräsident Begin. Sie hätten, schrieben sie, keine Lust für die grössenwahnsinnigen Ideen Begins drei Jahre Militärdienst zu leisten oder sogar zu sterben. Dieser Brief löste eine massive Reaktion im ganzen Lande aus: Da tönnten plötzlich junge Leute an, sie könnten aus politischen Gründen den Militärdienst verweigern.

Begin antwortete scharf, die Schüler hätten kein Recht zur Kritik, bevor sie nicht ihren Dienst am Vaterland geleistet hätten. Da entdeckte die Linke mit einem Male, wo das System zu treffen war: am Militär. Dreihundert Offiziere, unter ihnen zwei hochdekorierte Kriegshelden, schrieben einen ähnlichen Brief an die Regierung. Sie hätten ihren Dienst am Vaterland ja geleistet und hätten somit Recht zur Kritik, schrieben sie. Auch sie würden Frieden und Konzessionen einem religiös begründeten Grossisrael vorziehen.

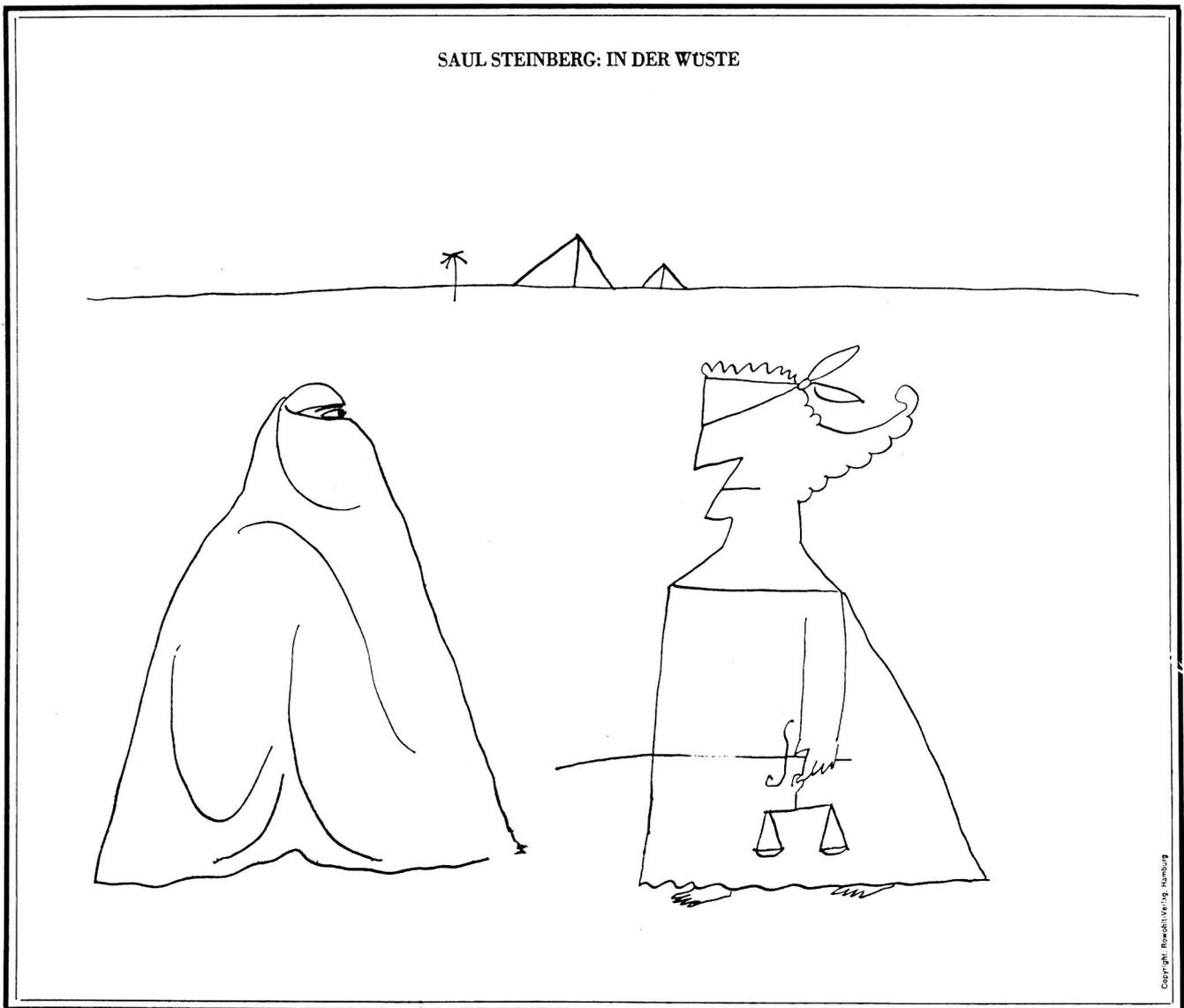
Im Laufe von wenigen Monaten unterschrieben 300'000 Menschen den Brief der Offiziere, die sich unvermittelt an der Spitze einer Volksbewegung sahen. Die Kibbutzbewegung der MAPAM (linke Sozialdemokraten) stellte der Bewegung Geld und ihre Infrastruktur zur Verfügung, die sich Schalom Achschaw (Friede jetzt) nannte. Innert wenigen Monaten hatte sich die linke eine breite Ak-

tionsbasis verschafft, welche die Bedeutung z.B. unserer AKW-Gegner weit überstieg.

Aber irgendwie gelang es der westlichen Linken, diese Bewegung zu übersehen, gerade als sie die Unterstützung dringend benötigte. Unverarbeitete Schuldgefühle und Vernichtungsängste, die Verstrickung von jüdischer Geschichte und aktueller israelischer Realität haben verhindert, dass der israelische Linke beide Identitäten, als Linker *und* als Israeli, konfliktlos in sich integrieren konnte. Daher konnte er sich auch nicht gesellschaftspolitischer Analyse und wirklich progressiver Politik zuwenden, sondern blieb auf der Stufe der beständigen Rechtfertigungsversuche stehen. Würde die linke Solidarität in der Welt sein Existenzrecht anerkennen, als Revolutionär *und* als Israeli, könnte er mit anderen progressiven Kräften der Region zur echten politischen Aktion schreiten, wie sie in der Antikriegsbewegung begann.



SAUL STEINBERG: IN DER WÜSTE



Copyright: Rowohlt Verlag, Hamburg

"Dritte Welt" bleibt letzte

Nach einmonatigen Debatten zwischen 5000 Delegierten aus 159 Ländern endete die fünfte Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD V) in Manila ohne greifbare Resultate. In keiner der von den Entwicklungsländern für wichtig gehaltenen Fragen – insbesondere der geforderten Neustrukturierung der internationalen Wirtschaftsordnung – wurde eine Einigung erzielt. Forderungen nach Abschaffung der Handelsbeschränkungen durch die Industriestaaten, nach einer Reform des internationalen Währungssystems, nach verbessertem Technologietransfer und erhöhter Entwicklungshilfe scheiterten am Starrsinn der westlichen und östlichen Industriestaaten.

Einige Resolutionen, z.B. zu den Ausgleichszahlungen für Rohstoffpreisschwankungen, wurden von der Gruppe der 77, die heute 199 Trikontstaaten (und Jugoslawien) umfaßt, in Kampfabstimmungen durchgesetzt.

Wenn wir im folgenden wieder einmal näher auf die Probleme der sogenannten Dritten Welt (nachkoloniale Länder der Erde) eingehen, geschieht es nicht zuletzt aus aktuellem Anlaß: Ende August findet in Wien eine ähnliche Monsterkonferenz wie die UNCTAD statt mit dem noch unausprechlicheren Kürzel UNCSTD (UN-Konferenz über Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung). Parallel dazu werden Dritte-Welt-, Ökologie- und Alternativ-Gruppen aller Richtungen der Erde und der Ideologie im Rahmen des FORUM ALTERNATIV praktische und theoretische Lösungsvorschläge zur Bewältigung der Energiekrise und zivilisatorischer Probleme demonstrieren, damit die Infragestellung des gängigen Modells entwickelter Länder begründet und den Entwicklungsländern ein anderer, nicht nur technisch, sondern auch humanistisch gangbarer Weg aufgezeigt wird.

Die hohen Erwartungen des Jahres 1974

Auf der außerordentlichen Sitzung der UNO-Generalversammlung über Rohstoffe und Entwicklung im April 1974 sprach der verstorbene Präsident Algeriens im Namen der Länder der Dritten Welt und rief dazu auf, "die Wirtschaftsbeziehungen zwischen reichen und armen Ländern von Grund auf neu zu gestalten." Er stellte fest, daß die UNO in der Entwicklungsfrage Jahrzehnte lang versagt hat, daß die Preise für die Rohstoffe aus Entwicklungsländern zu niedrig und die Preise für die Produkte der industrialisierten Länder zu hoch und ständig im Steigen sind. Er unterstrich, daß Nationalisierung der Wirtschaft ein Akt der Entwicklung ist und forderte die Reform des Weltwährungssystems auf einer demokratischen Grundlage, die Öffnung der Märkte der entwickelten Länder für die Produkte der Entwicklungsländer, sowie verstärkte ausländische Hilfe als Ergänzung zur Selbsthilfe. Um die sozialen Ungleichheiten abzubauen, verlangte er die Aufstokkung von Hilfszuschüssen und eine

nochmalige Überprüfung der fälligen Schuldenlasten.

Fünf Jahre später, nach zahllosen Treffen und Aussprachen, können wir mit Recht sagen, daß Präsident Boumedienne übermäßig optimistisch gewesen ist. Aber wir sollten uns auch daran erinnern, daß es Anfang und Mitte der Siebziger Jahre viele Entwicklungen gab, welche die Hoffnungen der Entwicklungsländer ermutigt haben. Nur um einige zu nennen: die Erhöhung des Ölpreises, die von der OPEC durchgesetzt wurde und der Öl-Embargo während des Nah-Ost-Krieges 1973; die Erlangung der Unabhängigkeit für die portugiesischen Kolonien; der Sieg der indochinesischen Völker 1975; der wachsende Widerstand in Zimbabwe, Namibia und Südafrika; die Bauernrevolte in Äthiopien, die Entstehung einer Volksbewegung in Benin und Madagascar; und, was Europa betrifft, der Zusammenbruch der faschistischen Regimes in Griechenland, Portugal und Spanien. Es schaute alles nach einer realen Herausforderung der Vorherrschaft Amerikas und der westlichen Welt aus.

Die Realitäten von 1979

Heute wissen wir, oder sollten es wissen, daß diese Hoffnungen der armen Länder des Südens sich nicht erfüllt haben. Der Norden war zwar bereit, mit sich reden zu lassen, aber mit welchem Ergebnis? Von 1970 bis 1977 betrug das durchschnittliche Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens für die Bevölkerung der Entwicklungsländer, nimmt man die begünstigte Minderheit unter ihnen, nur 1,2% im Jahr und knapp 0,7% in den ärmsten Ländern. Die Strategie für eine internationale Entwicklungspolitik, wie sie 1970 von den UNO beschlossen wurde, sah eine festgesetzte Rate von 3,5% vor, wie Pierre Drouin in seinem Artikel "Wer hört auf die Dritte Welt?" in "Le Monde", 8. Mai 1979, ausführte:

Tatsächlich: wir müssen es begreifen und uns ständig vor Augen halten, daß die Lage der am meisten ausgeplünderten Gruppen dieses Planeten sich nicht verbessert hat. 800 Millionen leben in absoluter Not. Ihre Arbeit besteht oft einfach darin, Zigarettenstummel in den Straßen aufzulesen und den so gesammelten Tabakrest weiterzuverkaufen. Von einem rein ökonomischen Standpunkt aus gesehen, sollte diese außerordentliche Verschwendung von menschlicher Energie so betrachtet werden wie ein Riesenleck in einer Ölpipeline, durch den Millionen Barrel Öl täglich versickern würden . . . Leider: das kostbarste Kapital heutzutage scheint nicht mehr der Mensch, sondern das schwarze Gold zu sein.

Die "Hilfsmittel" der Reichen

Es ist inzwischen klar geworden, daß sich die Einstellung der reichen Länder des Nordens nicht geändert hat, und die Hilfsmittel, die sie "einbringen" wie dazu geschaffen sind, ihre beherrschende Stellung in der Weltwirtschaft noch weiter zu stärken; selbst wenn sie Konzessionen machen, ist es hauptsächlich in ihrem eigenen Interesse.

In einem Artikel in "Le Monde Diplomatique", Mai 1979, schreibt unter dem Titel "Eine 'Neue Ordnung' für die Multis" Edmond de Clermont:

Die Vorstellung von UNCTAD enthält überhaupt keine Modifizierung der Eigentumsverhältnisse, welche in der internationalen Wirtschaftsordnung vorherrschen (ebensowenig stellen ihre Leitlinien bezüglich des Technologietransfers eine Ausnahme davon dar).

Es ist mehr eine Frage der Anpassung innerhalb des bestehenden Systems. In Manila genauso wie vorher und – zweifellos – nachher besteht die eigentliche Hauptbeschäftigung von UNCTAD in Wirklichkeit darin, die multinationalen Konzerne für die kapitalistischen Entwicklungsländer akzeptabel zu machen...

Hier sind einige einfache aber grundsätzliche Fragen, die jetzt gestellt werden müssen. Bis zu welchem Grad kann der Andrang von Projekten aus den internationalen Institutionen die Weltwirtschaftsordnung ändern und wer profitiert davon? Die Antwort ist von verblüffender Komplexität, denn sie berührt direkt den Charakter jener Kräfte, welche die Weltwirtschaft mit außerordentlichem Erfolg kontrollieren. Um aber den Sinn und den Rhythmus dieser Evolution zu verstehen, gibt es einen direkten Faden: das transnationale Unternehmen. Das ist es, was die wahre Neuheit der "neuen" internationalen Ordnung ausmacht. Und wenn, wie ich glaube, der gegenwärtige Kapitalismus tatsächlich in seine endgültige institutionelle Phase eingetreten ist, sind seine solidesten Verankerungen das Oligopol und Mischformen davon.

Die Komplizenschaft der kapitalistischen Länder der Dritten Welt

Es versteht sich von selbst, daß das gegenwärtige Weltwirtschaftssystem seinen Bestand nur durch die Komplizenschaft der kapitalistischen Staaten unter den Entwicklungsländern sichern kann, indem die herrschenden Regimes, die lokalen Industriebosse und Manager eng mit den großen kapitalistischen Mächten und den Multis zusammenarbeiten – wobei sie selbst dabei auch nicht schlecht aussteigen. Es ist hier wichtig zu vermerken, daß ein Gutteil des Kapitals, das in die "Modernisierungen" investiert wird, von nationalen und nicht von internationalen Investitionen herrührt.

Die realen Alternativen

Wie können die Entwicklungsländer aus der Falle entkommen, in der sie gefangen sind? Pierre Drouin schreibt in seinem oben erwähnten Artikel in 'Le Monde':

Es sollte niemals vergessen werden, daß die Industrialisierung in den meisten entwickelten Ländern am Anfang durch die Landwirtschaft finanziert wurde. Warum sollte es in Ländern anders verlaufen, wo die Mehrheit der aktiven Bevölkerung auf dem Land lebt? Noch dazu droht das Nahrungsmitteldefizit um das Jahr 2000 äußerst ernst zu werden – vor allem wegen des Bevölkerungswachstums. Nach dem Leontief-Bericht aus dem Jahr 1977 an die UNO, ist die

Verdopplung oder Verdreifachung der landwirtschaftlichen Produktivität in der Dritten Welt für Grundnahrungsmittel technisch möglich. Aber 'eine neue technologische Landwirtschaft hängt in den Entwicklungsländern zu einem Großteil von Agrarreformen und anderen sozialen und institutionellen Änderungen ab, vornehmlich aber von einer extensiveren Nutzung des Landes.'

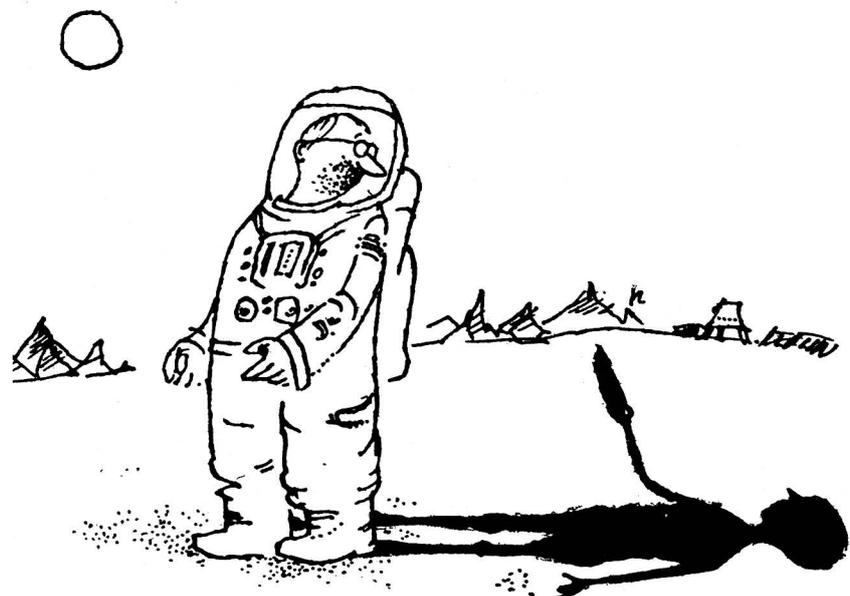
Das Problem ist natürlich, daß die Entwicklung der Landwirtschaft in diesen Ländern innerhalb der geltenden Regeln des gegenwärtigen Welternährungssystems insbesondere darauf abgestellt ist, jedwede radikale Landreform zu verhindern. Und wenn einmal die Eigentumsrechte gewechselt haben, ist das Land an die Multis und deren Agenten, nicht aber an die landlosen Bauern gegangen. Es besteht wenig Aussicht auf Änderung, solange die jetzigen Regimes in den kapitalistischen Entwicklungsländern an der Macht bleiben. Während die meisten von ihnen dank der Hilfe an Waffen und Anti-Subversions-Techniken seitens des Nordens als fest etabliert erscheinen, zeigen die Ereignisse im Iran, daß ihre Stabilität brüchiger sein könnte als es scheinen mag. Diese Gefahr für die kapitalistische Weltwirtschaft hat klarerweise einige Panik ausgelöst, aber dies hat nicht irgendeine Reform zur Folge gehabt, sondern, wie wir gesehen haben, eine Fassade von Zugeständnissen, welche nur ihre Vorherrschaft absichern soll. Noch sollten wir jedoch die Möglichkeit radikaler Änderungen nicht vollkommen ausschließen – insbesondere weil das kapitalistische System selber in einem hohen Maß in der Krise steckt, mit Rezession, Stagnation, Inflation und Massenarbeitslosigkeit kämpft,

für die weder ihre konservativen noch ihre sozialdemokratischen Regierungen bis jetzt eine Lösung gefunden haben.

Was sind die Alternativen für die Entwicklungsländer, wenn solche radikalen Änderungen stattfinden? Viele sehen die Antwort in irgendeiner Form der Autarkie, im Vertrauen auf die eigenen Kräfte, wofür Malcolm Caldwell* ein bemerkenswerter Exponent war. Es ist ein Unglück, daß im einzigen Land, wo dies ab 1975 versucht wurde, dieses Experiment mit einem extremen Autoritarismus vor sich gegangen ist, indem die Bauernmassen Kambodschas in eine Form des Kollektivismus gepreßt wurden, für die sie politisch kaum reif waren und die unzweifelhaft unpopulär war. Hier wurde – nicht zuletzt als Konsequenz der Zerstörung des Landes durch die amerikanische Kriegsmaschinerie – der Versuch gemacht, sich auf die Landwirtschaft als Basis der Gesamtentwicklung zu konzentrieren mit einer abgestuften Entwicklung der Industrie zur Erzeugung von landwirtschaftlichen Geräten und den nötigsten Konsumgütern. Soziale Einrichtungen wie z.B. Post- und Verkehrswesen wurden auf die Warteliste gesetzt, Gesundheitswesen und Erziehung waren eingeschränkt. Dies entsprach durchaus dem Bestreben, Kambodscha von fremder Hilfe und Handelsbeziehungen unabhängig zu machen, welche auf einige wenige Länder beschränkt waren, darunter Jugoslawien und natürlich die VR China.

Die Linke und die Dritte Welt

In einem scharfen Artikel über die gegenwärtige Einstellung der Linken ge-



genüber Ländern der Dritten Welt, insbesondere in Frankreich, vermerkt Claude Julien in "Le Monde Diplomatique", Mai 1979, "daß die Verurteilung von Unterdrückten und Korruption in einer Reihe von Ländern ein wirksames Mittel wurde, um die Dritte Welt insgesamt anzuschwärzen und damit die Meinung zu stärken, daß die wohlhabenden Länder die Dritte Welt am besten ihrem Schicksal überlassen sollten."

Die ganze linke Presse, die ihr Ansehen durch ihren Antikolonialismus begründet hatte, konzentriert sich nun darauf, die Dritte Welt auf die einfachsten Begriffe zu reduzieren: Diktatur und Korruption sind die Bezeichnungen für die ehemals kolonialisierten Völker, die eben unfähig seien, aus ihrer Unabhängigkeit besseren Nutzen zu ziehen. Und so können wir sie getrost ihrem Schicksal überlassen, für daß sie sich ja frei entschieden haben.

Manche dieser Kritiken, führt der Autor weiter aus, kommen von der "fern en" Linken. "Auf ihrer weiten Reise haben sie viele ihrer Ideen und

Überzeugungen aufgegeben, aber sie bleiben in ihrer *unerschütterlichen*

Arroganz sich selber treu." Aber, fragt der Artikelschreiber weiter: wer ist dafür verantwortlich, daß diese korrupten Diktaturen an die Macht kamen. Mobutu in Zaire wurde von den früheren Kolonialherren eingesetzt, von den Belgiern und dem CIA, und schon zweimal wurde er von den Franzosen vor dem sicheren Sturz gerettet. Mossadegh im Iran wurde von den Amerikanern und dem CIA mit britischer Komplizenschaft gestürzt, und nachher war der Schah ihr Pflegekind. Dasselbe gilt für Somoza in Nicaragua, für Bokassa im Zentralafrikanischen Kaiserreich, für alle anderen französischen Klientelstaaten in Afrika, für Pinochet in Chile, Marcos auf den Philippinen, Suharto in Indonesien, Syngman Rhee und dann Pak in Südkorea und für Lee Kuan Yew in Singapur, lange Zeit ein Liebling der britischen Arbeiterpartei bis er aus der Sozialistischen Internationale ausgeschlossen ist, um einem Hinauswurf zuvorzukommen – aber in Singapur blieb er an der Macht.

Es steht ihnen offensichtlich nicht gut an, ihre Hände wie Herodes in Unschuld zu waschen (der ja schließlich auch ein Repräsentant des römischen Imperialismus war). "Wie könnte es auch", fragt Claude Julien:

Sie (die westlichen Länder) sind überall gegenwärtig, mit ihren Militärberatern, Sondereinrichtungen, und Experten jeder Art – außer natürlich dort, wo sie vom sozialistischen Lager ausgestochen wurden. Sie sind dort als Filialen der Multinationalen Konzerne, in den Investitionsbanken und in solch wunderbar präzisen Instrumenten wie dem IWF (Internationaler Währungsfond) und der Weltbank. Sie sind da in den Import-Export-Büros, bei den Regierungsdarlehen, in den "Clubs" der Länder, die Darlehen vergeben, in denen über die Gewährung oder Verweigerung von Schuldensubventionen entschieden wird, sie sind da bei der Gewährung von ziviler und militärischer Ausrüstung (welche wiederum ohne die Ersatzteile, die der Erzeuger liefern oder auch nicht liefern kann, wertlos ist), sie bestimmen die Preise für die Sachen, die sie kaufen und für jene, die sie verkaufen, sie sind da in der entwickelten Technologie und haben eine Monopolstellung. Bei den Begünstigungen und den Vorteilen, die sie nach Belieben verteilen, in den theoretischen Konzeptionen, die ihre Pläne für Entwicklungshilfe bestimmen, in der Faszination, vermischt mit Eifersucht, die Macht eben ausstrahlt.

So überleben diese harten korrupten Regimes. So wiederholen sich unter den Klientel-Staaten die Verletzungen von Menschenrechten, für deren Erfinder und Verteidiger sich der Westen hält. Und so wird der Kontrast zwischen schamlos zur Schau getragener Reichtum und tiefstem Elend nicht nur nicht geringer, sondern nimmt noch zu. So verringert sich in manchen Regionen die tägliche Ration von Protein und die Lebenserwartung von Hunderten von Millionen Menschen. Gewiß, die Dritte Welt hat noch nicht jene Erwartungen erfüllt, welche von unverantwortlichen Leuten, edelmütig aber beschränkt, dumm und engherzig, in sie gesetzt wurden. Sollen wir sie deswegen einfach ihrem traurigen Schicksal überlassen?

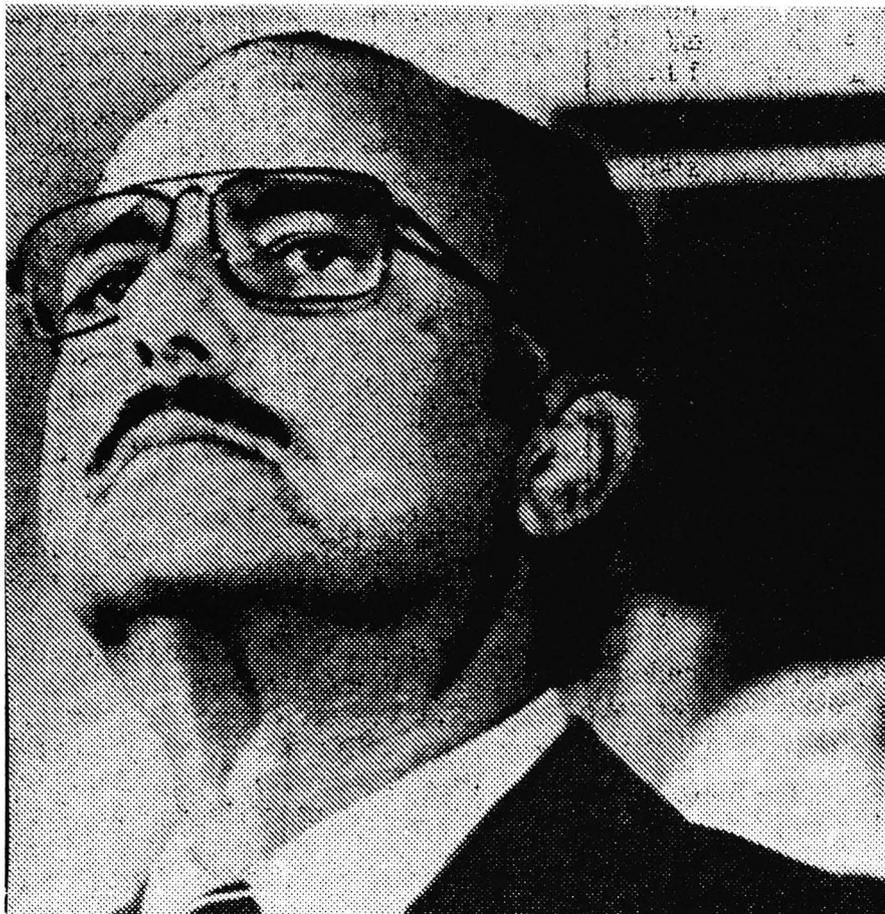
(Zusammengestellt und übersetzt aus Peace Press, Jänner/Feber/März 1979 von Zsolt Patka)



* M.C. war ein engagierter englischer Professor, der seine publizistische Aufmerksamkeit besonders dem kambodschanischen Weg eines radikalen Bauernkommunismus gewidmet hat und bei seinem letzten Aufenthalt in Pnom Penh am 22.12.1978 unter mysteriösen Umständen, angeblich von einem vietnamesischen Agenten, ermordet wurde. ■

Nach Somozas Sturz

Sieben Wochen nach Beginn der Endoffensive der Sandinistischen Befreiungsfront Nicaraguas ist mit dem Somoza-Regime die älteste und eine der blutigsten Diktaturen Lateinamerikas in sich zusammengebrochen. Die im Exil gegründete "Regierung des nationalen Aufbaus", die nach dem Sieg der Sandinisten im Triumphzug in Managua eingezogen ist, steht angesichts der Verwüstungen, die der Krieg mit sich gebracht hat, vor der für die Zukunft Nicaraguas zentralen Frage: Soll sie für den Wiederaufbau ausländische Hilfe beanspruchen, deren Preis politische Zugeständnisse sein könnten, oder soll sie sich dabei vorwiegend auf die Mobilisierung der Bevölkerung stützen und deren Interessen auch gegen die nach wie vor bestehende Drohung einer ausländischen Intervention durchsetzen?



Somozas Diktatur war schon lange vor ihrem endgültigen Sturz auf politischer Ebene geschlagen. Sogar die USA, mit deren Hilfe der Clan der Somozas an die Macht gekommen war und sie 40 Jahre lang behaupten konnte, brachen angesichts des Scheiterns ihrer Vermittlungs-

bemühungen nach den Kämpfen des vergangenen September mit der Diktatur. Dennoch erhielt die Diktatur auch in den letzten Monaten Waffenlieferungen von einer Reihe reaktionärer Regimes. Neben den benachbarten Diktaturen El Salvador und Guatemala sowie Ar-

gentinien war es vor allem Israel, dessen Militärhilfe an Somoza Tausenden Nicaraguanern unter dem Bombenhagel der nicaraguanischen Luftwaffe das Leben kostete.

Trotz dieser Unterstützung für die Diktatur und des so ermöglichten militärischen Patts zwischen Somozas Nationalgarde und der durch tausende Freiwillige verstärkten Armee der Sandinisten begann sich das Blatt zusehends zugunsten letzterer zu wenden. Ihren Ausdruck fand diese Entwicklung in der Proklamation einer Provisorischen Regierung durch die Sandinisten, die am 18. Juni in San Jose (Costa Rica) erfolgte. Ihr gehören der Schriftsteller Sergio Ramirez (als Vertreter der "Gruppe der 12"), Moises Hassan (Führer der MPU), Daniel Ortega (für die FSLN), Alfonso Robelo (Vertreter der FAO) und Violetta de Chamorro (konservative Opposition) an.

Angesichts des sich abzeichnenden militärischen Zusammenbruchs der Diktatur sahen die USA sich zum Handeln gezwungen. Sie beriefen eine Tagung der OAS (Organisation amerik. Staaten) ein, erhielten auf dieser Tagung jedoch zum ersten Mal seit Bestehen des OAS nicht die notwendige Unterstützung für eine militärische Intervention. Darauf schickten sie Botschafter Peluzzo zu Somoza, um über die Modalitäten seines Rücktritts zu verhandeln. Gleichzeitig nahm US-Sonderbotschafter Bowdler in San José Verhandlungen mit der provisorischen Regierung auf. Bowdler konnte sich jedoch mit der Forderung nach Erweiterung der Provisorischen Regierung um zwei Mitglieder der konservativen Opposition nicht durchsetzen.

Da sich die militärische Situation der Nationalgarde weiter verschlechterte und die Gefahr einer Besetzung Managuas durch jene vom linken Flügel der FSLN dominierten sandinistischen Einheiten wuchs, die bereits den gesamten Norden des Landes unter ihre Kontrolle gebracht hatten, beeilten sich die USA nun, die Provisorische Regierung zu akzeptieren.

In den weiteren Verhandlungen ging es nun um die Festlegung der Form, in der die Machtübertragung stattfinden sollte, sowie um die Zusammensetzung der künftigen Regierung. Die Verhandlungen fanden vor dem Hintergrund

offener Interventionsdrohungen statt, wie sie etwa die Stationierung von zwei US-Hubschraubern im Norden Costa Ricas darstellte. Daraus erklärten sich auch die Zugeständnisse, zu denen sich die Provisorische Regierung bereit fand: Nach dem Rücktritt Somozas sollten die sandinistischen Einheiten in ihren Stellungen bleiben; aus der Verschmelzung von Nationalgarde und FSLN sollte eine neue Armee gebildet werden; in der ausgehandelten Regierungsliste scheinen nur ein Sandinist (Tomas Borge, der ehemalige Führer der FSLN-Tendenz "guerra popular prolongada", als Innenminister) und 5 Mitglieder der "Gruppe der 12" auf, während es sich bei den restlichen 12 Ministern fast ausschließlich um konservative bürgerliche Oppositionelle und Unternehmer handelt.

Machtwechsel mit Hindernissen

Nach Abschluß dieser Verhandlungen gaben die USA Somoza das Signal zum Rücktritt. Somoza versetzte fast alle höheren Offiziere der Nationalgarde in den Ruhestand und verließ am 17.7. Nicaragua. Sein Nachfolger, der bisherige Präsident des Abgeordnetenhauses Francisco Urcujo, der laut Plan nur wenige Stunden bis zur Übergabe der Macht an die Provisorische Regierung im Amt bleiben sollte, entwickelte zur allgemeinen Überraschung eigene Herrschaftsansprüche, nominierte neue Kommandanten der Nationalgarde und befahl ihr weiterzukämpfen. Der provisorischen Regierung verweigerte er die Landeerlaubnis in Managua, worauf diese San José in Richtung Leon, der zweitgrößten und seit Wochen von den Sandinisten kontrollierten Stadt des Landes, verließen.

Das Eintreffen der provisorischen Regierung in Leon sowie die Erklärung der FSLN-Führung, den Sturm auf Managua zur Vertreibung Urcujos zu beginnen, beschleunigte den endgültigen Sturz der Diktatur. Die Entscheidung fiel innerhalb von wenigen Stunden: Am Morgen des 18. Juli desertierten mindestens 12 Luftwaffenpiloten mit einem Gutteil der Flugzeuge Somozas. Zugleich ergaben sich im Norden des Landes zwei Garnisonen mit 800 Nationalgardisten den Sandinisten. Eine Reihe von Einheiten verweigerte den neuen von Urcujo eingesetzten Kommandanten den Gehorsam. Urcujo setzte sich in den Abendstunden des Mittwoch in die USA ab, nachdem schon zu Mittag der Generalstabschef der Nationalgarde die Kapitulation erklärt hatte. Im Lauf des 19. Juli flohen oder ergaben sich die letzten Nationalgardisten, und sandinistische Einheiten rückten unter dem Jubel der Bevölkerung in Managua ein.

Obwohl durch diesen Triumph einige der an die USA gemachten Zugeständnisse hinfällig wurden, nimmt sich das

Programm der neuen Regierung nicht gerade revolutionär aus.

Folgendes „Fundamentalstatut“, unterzeichnet von den fünf Mitgliedern der Regierungsjunta, gibt über die wesentlichen Schritte der neuen Regierung Auskunft:

1. Auflösung der Nationalgarde. Diese wird durch eine integrierte Armee von Kämpfern der sandinistischen Front und Soldaten und Offizieren der ehemaligen Armee abgelöst, die zum Sturz des Regimes Somoza beigetragen haben.

2. Auflösung der beiden Kammern des Parlaments.

3. Die Exekutive besteht aus den fünf Junta-Mitgliedern, von denen eines (Sergio Ramires) mit der direkten Leitung der Regierung beauftragt wird.

4. Für die Legislative sind die Junta und ein Staatsrat aus 33 Mitgliedern zuständig. Letzterer verabschiedet mit 2/3 Mehrheit die ihm von der Junta vorgelegten Gesetzestexte. Er besteht aus Vertretern aller politischen Tendenzen: 6 Mitglieder der Sandinistischen Front, 12 der (linksgerichteten) Nationalen Patriotischen Front, 7 der Breiten Oppositionsfront FAO (konservativ), 6 des Rats der Privatunternehmen (COSEP) und je einem Vertreter der Universitäten und Kirchen.

5. Der Staatsrat arbeitet die neue Verfassung und das Wahlrecht aus.

Bisher wurden folgende Maßnahmen getroffen: Auflösung der Nationalgarde, Verstaatlichung aller Besitztümer Somozas, Verstaatlichung der Banken, u.a. Gleichzeitig wurde bei der Weltbank um einen Kredit zur Reduzierung der Auslandsschulden angesucht.

Angesichts eines in den befreiten Städten des Nordens weit fortgeschrittenen Politisierungsprozesses dürften sich erhebliche Sektoren der Bevölkerung nicht mit Maßnahmen zufriedengeben, die außer der Somoza-Familie und ihren Kollaborateuren niemanden weh tun. Zu verschiedenen sind die Formen von Demokratie, wie sie heute schon massenhaft als "Komitees für zivile Verteidigung", "revolutionäre Stadtregierungen" u.a. Organisationsformen der Basis praktiziert werden von den am Parlamentarismus westlichen Zuschnitts orientierten Vorstellungen der bürgerlichen Fraktion innerhalb der Regierung, als daß sie miteinander vereinbar wären. Die Revolte in Nicaragua ist zu Ende; die Revolution hat soeben begonnen.

In memoriam Franz Marek

Unter dem ersten Eindruck der Nachricht von Franz Mareks Tod schrieb wir:

Am 28. Juni 1979, in einem oberösterreichischen Urlaubsort, wo er, von vielen Krankheiten gezeichnet, Erholung suchte, erlitt Franz Marek – Lehrer, Freund, Genosse – der Tod. Er stand im Anfang seines 67. Lebensjahres.

Unsere Betroffenheit läßt schöne Redensarten nicht zu. Seiner Person würdig gedenken, heißt für uns sein politisches Vermächtnis weiterführen, das des Praktikers und Theoretikers.

Zu seiner Person schrieb Ernst Fischer in seinen Erinnerungen "Ende einer Illusion" in einem eigens Franz Marek gewidmeten Kapitel:

Im August 1945 war Franz Marek wieder in Österreich. Er fiel mir auf, durch seine ungewöhnliche Intelligenz, durch seinen Stolz und seine Schroffheit. Ich bat, ihn den Sitzungen des Pol-Büros beizuziehen, und stieß auf Widerstand. Er hatte viele Gegner in der Partei. Schließlich hörte man doch auf mich. Als im Januar 1946 die theoretische Zeitschrift der KPÖ 'Weg und Ziel' wieder erschien, wurde Marek ihr Chefredakteur. Seit 1948 hat er offiziell dem Pol-Büro angehört.

– hekel – ■

Der Bruch mit dem Apparat war die Befreiung einer gehemmten Individualität. Seine Schroffheit milderte sich. In einer meisterhaften Studie 'Der Stalinmythos' hat er, diesen Mythos analysierend, sich endgültig von ihm abgewandt. Das Gesicht des Funktionärs gab es nicht mehr, – nur das andere, zuvor so selten aus dem Parteigewölk hervortretende."

Als einundzwanzigjähriger Student der Philosophie, nach den Februarkämpfen 1934, wurde er Kommunist. In der illegalen KPÖ war er 1935/36 Leiter des Apparats, dann bis 1938 Leiter der Agitprop-Abteilung in Österreich. Nach der Annexion emigrierte er nach Paris, wo er die Herausgabe der zweisprachigen 'Nouvelles d'Autriche' übernahm. Bei Kriegsausbruch in einem Lager in der Bretagne interniert, kehrte er im Dezember 1941 illegal nach Paris zurück. Im 'Front national', der französischen Resistance, leitete er gemeinsam mit dem tschechischen Kommunisten London und einem deutschen Kommunisten die 'Wühlarbeit' unter den deutschen Soldaten. London wurde sehr bald verhaftet, so daß Marek allein, in dauerndem Kontakt mit der Resistance, in der man seine Festigkeit und Furchtlosigkeit nicht vergessen hat, die ihm anvertraute Aufgabe fortsetzte.

Hunderte seiner Mitarbeiter waren tot, als er am 11. August 1944 verhaftet wurde. Der Generalstreik gegen die Deutschen hatte begonnen, die Gestapo holte zum Gegenschlag aus. Marek und viele andere wurden nach grausamen Verhören in die Todeszellen gebracht. Im Militärgefängnis Fresnes wartete er auf die Hinrichtung. Als knapp vor dem Einzug General de Gaulles in Paris die Insassen der Todeszellen abtransportiert und erschossen wurden, übersah man ihn; ein Beamter der französischen Präfektur, der vergeblich das Karteiblatt des Geretteten suchte, schrie ihn an: 'Wieso sind Sie denn noch hier?' Am nächsten Tag war Marek mit den in der Masse, die Paris befreite.

Viele von uns haben ihn ohne das Gesicht des Funktionärs kennengelernt. Die meisten von uns sahen in ihm den Genossen und Freund gleichermaßen in der überragenden Gestalt des Lehrers, der, ohne Parteifunktion, niemals anmaßend und überheblich, jedoch auf stille deutlich spürbare Weise Autorität war. Diese Autorität rührte von seiner souveränen Art her, intellektuelle Dominanz stets in den Dienst der Gedanken, der inhaltlichen Funktion zu stellen. Daß viele von uns vielleicht nicht wußten, welche Persönlichkeit und Kapazität wir in ihm hatten, rührte wiederum von den Verhältnissen her hier und jetzt, deren provinzielle Enge er floh, dabei das Asyl seiner geistigen und politischen Präsenz als neuen Aus-

gangspunkt der noch immer unvollendeten, der nach wie vor fälligen, der eigentlichen Revolution im Sinne der Klassiker erkennend: die lateineuropäischen Länder mit den angesehensten und größten kommunistischen Parteien Westeuropas versprachen die Vollendung, den Vollzug, d.i. den neuen riesenhaften Prozeß revolutionärer Umwälzungen im Herzen des Kapitalismus, in den Metropolen.

Die frühe Kritik Mareks an der teils romantischen, teils ungeduldig-naiven Faszination unserer Generation gegenüber den einzig authentisch scheinenden Revolutionsmodellen in der Dritten Welt, war keine Aberkennung der Verdienste der Befreiungsbewegungen dieser Länder, ihrer heroischen Opfer und zäh erkämpften Siege über den Imperialismus. Aber Marek sah schon damals, wo es einem Sakrileg gleichkam, die Momente der Enttäuschung voraus, begründet im Wesen dieser nachkolonialen, die nationale Emanzipation und die soziale Revolution wie zwei Seelen in einer Brust vereinigenden, wirtschaftlich überaus schwachen, ethnisch oft zerrissenen, geographisch durch den Kolonialismus verstümmelten Gesellschaften, deren neue Abhängigkeit fast unausweichlich war und tragische Widersprüche provozierte, wie die gegenwärtige Entwicklung in Südostasien.

Marek hatte die seltene Gabe, neben dem analytischen Verstand des Intellektuellen auch den guten Instinkt des engagierten Kämpfers ethisch und moralisch in sein Urteil einfließen zu lassen. Er praktizierte das, was nur einem kleinen Kreis österreichischer Marxisten vertraut und geläufig ist als das eigentliche Erbe Karl Kraus': die Dialektik der moralischen Kritik und der kritischen Moral.

Die Unabhängigkeit von Partei und Tagespolitik, von Zwängen anderer Termine und Fristen als ihm die Arbeit an der Leitung des "Wiener Tagebuch" aufdrängte; – die Unbestechlichkeit eines, dem Amt, Funktion und offizielle Würden nichts mehr zu bedeuten brauchten, erlaubten ihm Urteile im linken Spektrum, die ihm vielleicht keine unkritischen Freunde, aber dafür nachdenkliche Gegner schufen. Wer sonst außer ihm hätte von der "Irreversibilität" des Faktums Israel als Staat und Volk sprechen können, ohne des Verrats an der Sache der Palästinenser angeklagt zu werden? Wer außer ihm hätte mit den Mitteln der leisen Ironie auf Widersprüche hinweisen können, wie den Bruderkuß zwischen Arafat und dem Palästinenser-Schlichter Hussein: "Staatsraison ohne Staat". . .

Marek hat mit dem Stalinismus und seinen Ursachen gründlicher aufgeräumt als ganze Schulen des Trotzismus; er verteidigte Lenin gegenüber dessen orthodoxen Verehrern, die mit Lenin



Franz Marek †

Götzendienst betrieben, um den unbequemen Revolutionär besser in Vergessenheit geraten zu lassen; er verteidigte Lenin gegen seine "modernen" Kritiker, die Lenin mitunter so auf die Füße zu stellen versuchten, daß dabei der ganze rote Oktober heillos auf dem Kopf stand.

Franz Marek war in den Ländern Westeuropas mit den großen revolutionären Traditionen und den Parteien des klassenbewußten Proletariats besser bekannt und wurde mehr gewürdigt als in seiner eigenen Heimat. Auch darin machte er keinen Unterschied zu anderen großen Söhnen dieser kleinen Welt, in der die große schon lange nicht mehr ihre Probe hält. Wenn wir Jüngeren ihn manchmal darauf drängten, seiner Respekt gebietenden theoretischen Arbeit auch Ansätze einer gesellschaftlichen Praxis in Österreich an die Seite zu stellen, wehrte er nicht allein mit dem Hinweis auf seine Gesundheit, sondern auch auf die Ergebnisse seiner theoretischen Arbeit ab. Er sagte es nicht offen, aber wir wußten es auch so: zur Dialektik von Reform und Revolution falle ihm im Land des Dialekts von Herrn Karl, des dreißigjährigen Friedens und der sozialen Harmonie zwischen Herrn und Knecht nichts ein. Es ist eine besondere Tragödie, wenn Menschen mit den Fähigkeiten Franz Mareks in einer Welt leben und sterben müssen, deren Bedarf an großen Persönlichkeiten längst gedeckt ist – in den Museen. Deren Gegenwart aus der kollektiven Anstrengung besteht, die eigene Zukunft zu vergessen. Sie wird eines Tages trotzdem auch in Österreich Gestalt annehmen und auf angemessene Weise, autonom, den eigenen Bedingungen gemäß revolutionäre Züge tragen, in denen manches von Franz Mareks Werk wiederzuerkennen sein wird.

Zsolt Patka ■

FORUM

ALTERNATIV



Ein Fest für die Wiener

GRAFENWIESE
zwischen Lusthaus und Endstation A

WIESENTHEATER
ENERGIE-SPAR-HAUS
KINDERSPIELPLATZ
BIOGAS, WINDRAD
BIO-BEISL

SONNENKOLLEKTOREN

Frauen · Frauen · Frauen

VHS-FLORIDSDORF

SELBSTDARSTELLUNGEN
FILME WORKSHOPS
FRAUEN-FEST - 24.08.
FRAUEN HIER UND IN DER 3. WELT

Diskussionsforum

VHS-MARGARETEN

ALTERNATIVE WISSENSCHAFT
UND GELEBTE ALTERNATIVEN
FÜR UNS UND DIE 3. WELT

H.D. BAHR
P. BRÜCKNER
WOLFGANG HARICH
IVAN ILLICH
HERBIG JOST
ROBERT JUNGK
ROLF SCHWENDTER
PETER WEISH
U. VIELE ANDERE

UNO-Konferenz sind wir noch zu retten?

'WISSENSCHAFT & TECHNIK-
IM DIENSTE DER ENTWICKLUNG'
- FÜR WEN?